

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1863 bis 1871

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Zweiter Abschnitt: Die Erschütterung der französischen Hegemonie.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6496

in der Verwaltung brachten manchen Fortschritt im einzelnen zustande ohne die Grundübel der Parteiung, der Überschuldung, der Gesetzesverachtung bewältigen zu können und in den Vereinigten Staaten erschollen von Zeit zu Zeit immer wieder die alten Stimmen, welche die Vereinigung der Grenzprovinzen mit der Union als das einzige Heilmittel ankündigten, das so lange in passenden Zwischenräumen wiederholt werden müsse, bis das Sternenbanner über den Forts von Veracruz und am Golf von Tehuantepec flattere.

Der polnische Aufstand.

Das tragische Ende Maximilians mochte jenseit des Meeres als gerechte Strafe für einen unberufenen Versuch monarchische Formen nach Amerika zu übertragen aufgefaßt werden: in Europa rief es doch ungeteiltes Mitgefühl hervor und erstickte die Stimme des Tadelns, dem das abenteuerliche Unternehmen reichlich genug begegnet war. Der jugendkräftige Erzherzog — er war bei seinem Tode 35 Jahre alt — hatte seinen hochfliegenden Ehrgeiz so schwer gebüßt, daß ein natürliches Gefühl den Beurteiler weit eher auf die rühmlichen Seiten seines Wesens und seines Wagnisses als auf die Schatten, die sich darum lagerten, hinwies. Wenn es ihm geglückt wäre in diesem reichen und begünstigten, diesem zerklüfteten und frevelhaft ruinierten Lande ein dauerhaftes, schöpferisches Regiment zu begründen, welchen Ruhmeskranz würde die Geschichte, würde das Mexiko der Zukunft um die Stirne des Erretters gewunden haben! Nun es gescheitert war, durfte man da den Stein auf Maximilian werfen, der doch unbestreitbar seine Kraft, sein ganzes Selbst für die Sache, die er erkoren, eingesetzt hatte? Mußte man nicht den für alles verantwortlich machen, der das Unternehmen eingefädelt und sein williges und vertrauensvolles Werkzeug dann schmählich im Stich gelassen hatte? In der That fiel die ganze Schmach und der ganze Schaden des traurigen Ausgangs auf Napoleons schuldvolles Haupt zurück. Und nicht bloß des Ausgangs. Daß dieser Zug nach Mexiko kein gutes Ende nehmen werde, hatten die Gegner des Kaiserreichs lange vorausgesagt und jeder Schlag, der drüben gegen Maximilian fiel, ward in Europa als ein Schlag gegen den französischen Kaiser mit Schadenfreude begrüßt; über dem Wunsche Napoleon gedemütigt zu sehen ward jeder Vorteil, den das Gelingen bot, bereitwillig vergessen. Die Fülle von Verlegenheiten, die sich seit dem Bruche des Übereinkommens von Soledad für den Kaiser herausstellten, übte den stärksten Einfluß auf seine europäische Politik; die bedrängten Finanzen Frankreichs wurden durch die Millionen, die Mexiko verschlang, empfindlich belastet; ein starkes Truppenkorps, das jeden Augenblick Nachschub erfordern konnte, ward der Verwendung in der Heimat entzogen; die reichen Vorräte der französischen Zeughäuser und Magazine wurden bei dem überseeischen Unternehmen vergeudet; ein Krieg mit der nordamerikanischen Union gehörte

Bedeutung der
mexikanischen
Expedition.

Napoleons
Stellung in
Europa.

zu den wahrscheinlichsten Ereignissen, sobald europäische Verwickelungen den Kaiser zu einem anderen Kriege verlockt hätten. Aber schlimmer als alles waren doch die moralischen Folgen, die Unzufriedenheit, die sich in Frankreich verbreitete, die Erschütterung des Glaubens an die Klugheit und politische Rechenkunst Napoleons, die Einbuße an Vertrauen in seine Konsequenz und politische Zuverlässigkeit. Der geheimnisvolle Schimmer überlegener, undurchdringlicher Weisheit, der seine Schläfe so manches Jahr umleuchtet hatte, war von ihm gewichen um allmählich auf ein anderes Haupt überzugehen. Daß dieser Wechsel so schnell sich vollzog, kam nicht allein, aber doch zum guten Teil auf Rechnung der mexikanischen Expedition, wo die Fehler und der Mißerfolg so handgreiflich waren, daß man sie jedermann aufweisen und jedermann zu dem Schlusse veranlassen konnte, wie in diesem Falle, so sei es mit der napoleonischen Politik auch in den anderen großen Fragen bestellt, die zu Frankreichs Nachteil entschieden wurden. Denn nur zu gern vergaßen Haß und Eitelkeit, daß in diesen anderen Fragen fremdes Recht und fremde Kraft einen Sieg davontrugen, den ihnen nicht entwunden zu haben keineswegs gegründeten Anlaß zur Klage und Verkleinerung gab. Im Gegenteile befolgte der Kaiser in vielen Stücken großherzigere und umsichtiger Grund- sätze als seine heimischen Gegner; aber diese Grundsätze waren nicht dazu angethan glänzende Triumphe herbeizuführen. Der große Zug der europäischen Entwicklung war der Befriedigung der französischen Nationalität durchaus ungünstig; das hatte Napoleon sehr wohl erkannt; einmal, bei der Einverleibung von Savoyen und Nizza, war es ihm gelungen einen Sondervorteil zu erhaschen; aber das zweite und dritte mal, wo er es versuchte, in der polnischen Frage und bei seinem Kongreßvorschlage sollte er empfindliche Schlappen erleiden. Ebendeshalb lagen ihm die Expeditionen in fremden Erdteilen so sehr am Herzen, deshalb hatte er auf den mexikanischen Feldzug so große Hoffnungen gebaut. Bitter getäuscht in seinen Erwartungen mußte er nun in Europa suchen, was er in Amerika nicht gefunden, obgleich er sich immer gelähmter und abhängiger fühlte. Solange die Aussichten Maximilians günstig waren, bewegte er sich noch frei und auf dem Boden von Grundsätzen; sobald sie eine schlimme Wendung nahmen, begann er Deutschland und Italien gegenüber nach kleinen Vorteilen zu haschen und nach kleinen Mitteln zu suchen, die, völlig ungeeignet irgend eine Frage endgültig zu lösen, nur ihn selbst unfähig machten, gegenüber einem Bismarck, der große Gedanken mit großem Geiste zu erfassen und mit großen Mitteln zu verwirklichen verstand, die leitende Rolle zu behaupten.

Rußland und
Preußen.

Preußen stand mit nichten, wie die Opposition es behauptete, vereinsamt da unter den Großmächten Europas: es hatte einen Bundesgenossen gewonnen, der freilich bei den Liberalen im aller schlechtesten Rufe stand, der aber, besonders Österreich gegenüber, von größtem Werte war: Rußland. Die freisinnigen Reformen des Zaren hätten vielleicht allmählich die alte Abneigung, die seit Nikolaus' Zeiten in Deutschland

gegen
und
unver
hand
dien
würde
brach
war
noch
leben
der r
Egoi
und
zu ve
Ande
und
die I
führe
wurde
große
geord
Begü
und
diesel
keine
die W
auf
Auch
schen
gung
Bean
hand
keine
das
Teiln
die W
Mini
Deut
wie
waren
sie es
Janu
ange
nicht

gegen den östlichen Nachbar herrschte, mildern und umstimmen können, und die Ansätze dazu waren auch bis zum Anfang des Jahres 1863 unverkennbar vorhanden. Die russische Friedenspolitik, die bessere Behandlung der Polen, die Aufhebung der Leibeigenschaft fanden den verdienten Beifall, und ohne die verdächtigen Agitationen der Slawenfreunde würde die Anerkennung wohl noch unumwundener gewesen sein. Da brach zu Anfang des Jahres 1863 der polnische Aufstand aus. Nun war von jener schwärmerischen Polenbegeisterung, die 1830 und selbst noch 1848 geherrscht hatte, im deutschen Volke nicht gerade viel mehr lebendig; unter anderen Umständen würde man dem erneuten Aufflackern der nationalen Forderungen mit nüchterner Teilnahme und vorsichtigem Egoismus zugeschaut, man würde sorgfältig bedacht haben, daß Preußen und Deutschland an der Weichsel wertvollen Besitz gegen das Polentum zu verteidigen haben. Aber diese Grundstimmung erlitt eine merkwürdige Änderung von dem Augenblick an, wo Bismarck zu Gunsten Rußlands und gegen die Polen auftrat. Der Kampf des Abgeordnetenhauses gegen die Regierung beherrschte so vollkommen die Gedankenkreise der Parteiführer, daß sie gleichsam instinktiv in das polnische Lager getrieben wurden, sobald sie erfuhren, daß Bismarck im russischen stehe. Mit großer Gelehrsamkeit und historischer Sachkenntnis stellte man im Abgeordnetenhause den Satz auf, daß die richtige preußische Politik die Begünstigung der Polen gebiete; ein Mittelreich zwischen Deutschland und Rußland sollte im Osten zur Vermeidung eines Zusammenstoßes dieselben guten Dienste leisten wie Belgien an der Westgrenze; es gab keine bessere Gewähr gegen die Gelüste der Zaren auf Ostpreußen als die Wiederherstellung eines bescheidenen polnischen Reiches, das natürlich auf Rückerstattung von seiten Preußens keinen Anspruch erheben durfte. Auch die Handelsinteressen geboten die möglichste Beseitigung der russischen Nachbarschaft. Seit vierzig Jahren klagte man über die Belästigungen des Grenzverkehrs, über die hohen Zölle, die Bestechlichkeit der Beamten, den offenkundigen Schmuggel. Alle Beschwerden und Verhandlungen waren umsonst gewesen, dem mächtigen Rußland ließen sich keine Zugeständnisse abringen, einem schwachen Polen gegenüber mußte das viel leichter sein. Solche Berechnungen waren es, auf die sich die Teilnahme für die Aufständischen stützte, und durch die man aufs neue die Unfähigkeit Bismarcks handgreiflich nachzuweisen suchte, während der Minister darin nur die alte Neigung für fremde Völker auf Kosten Deutschlands zu sympathisieren erkennen wollte, eine Krankheitsform, die, wie er spöttisch meinte, leider nur in Deutschland anzutreffen sei.

Die Vorbereitungen zum Aufstande und die Vorböten desselben waren im übrigen Europa nicht für so ernstlich gehalten worden, wie sie es verdienten, und der Ausbruch kam deshalb sehr unerwartet. Mitte Januar 1863 wurde die Rekrutierung, die der Kaiser im September angeordnet, zur Ausführung gebracht. Eine geheime Weisung, die doch nicht geheim geblieben war, hatte als den Hauptzweck der Maßregel die

Polnische Sympathien.

Der polnische Aufstand.

Entfernung der Unruhestifter hingestellt; die Behörden sollten deshalb besonders die Städte heranziehen und die Studenten, Gerichtspraktikanten und ähnliche junge Leute, die sonst von der Aushebung frei zu bleiben pflegten, diesmal nicht übergehen. Rechtzeitig gewarnt retteten sich viele der Bedrohten in die Wälder und wuchsen schnell zu kleinen Banden unter selbstgewählten Führern zusammen. Die politische Leitung der gesamten Bewegung übernahm ein geheimer Centralausschuß in Warschau. Am 22. Januar machte er den Beginn seiner Amtsführung bekannt und erließ zwei Verordnungen, durch die er den besitzlosen Haufen unter die Waffen zu locken hoffte. Die erste machte die Bauern zu freien Herren des Landes, das sie bisher gegen Fronden oder Pacht besaßen; die zweite verhiess jedem mittellosen Vaterlandsverteidiger drei Morgen Grundbesitz. An die Spitze der bewaffneten Scharen wurde Mieroslawski unter dem Titel eines Diktators berufen, die übrigen Bevollmächtigten der revolutionären Regierung blieben wie diese selbst in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Rasch verbreitete sich der Aufstand über das ganze Königreich und griff auch nach Litauen hinüber; Posen und Galizien dagegen blieben ruhig, denn ein besonderer Erlass der geheimen Regierung warnte davor Oesterreich und Preußen zu bekämpfen; Rußland sei der schrecklichste Feind und deshalb müßten alle Polen zu seiner Besiegung ihre Kräfte vereinigen. Freiwillige, Waffen und Geld forderte man von den Landsleuten jenseit der russischen Grenze, aber die Ausdehnung der Empörung auf die beiden anderen Großstaaten erkannte man mit Recht als einen Fehler. Es fragte sich nun, ob diese Vorsicht die gewünschte Folge haben und Oesterreich und Preußen zur Neutralität, wohl gar zu wohlwollender Neutralität bewegen werde. Für Oesterreich traf diese Hoffnung zu. Schon in den ersten Tagen des Februar berichtete die Warschauer Regierung erzürnt nach Petersburg über die Nachsicht, die man an der galizischen Grenze dem Aufstande bezeige und die nicht der am wenigsten merkwürdige Punkt in der Geschichte desselben sei. Ganz anders war die Auffassung in Berlin; Bismarck nahm die Lage sehr ernst und äußerte den fremden Gesandten gegenüber die Befürchtung, daß die Russen zu schwach seien die Empörung zu ersticken. Das wollte man in Warschau natürlich nicht zugeben und beschuldigte dort den preussischen Minister, daß er den Teufel schwärzer male als er sei. Man besorgte, daß in Berlin allerlei Vergrößerungsgelüste ausgeheckt würden; Herr von Keudell, ein genauer Freund Bismarcks, der auch im russischen Polen begütert war, sollte eine Bittschrift betreiben, die eine preussische Besetzung des Landes zum Schutz gegen die Grausamkeiten der Russen forderte; die Zeitungen meldeten von einer vertraulichen Unterredung des Ministers mit dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Behrend von Danzig, in der als Ziel der preussischen Politik ein doppeltes: entweder Beihilfe zur Erstickung des Aufstandes, oder Förderung desselben, Besetzung und Annexion Polens, hingestellt war. Für welchen Weg hatte sich Bismarck entschieden? Oder hielt er sich

Mieroslawski.

Bismarcks
Haltung.

vielle
Polen
dräng
lung
feiner
aber
diente
lichen
und
des K
nach
eine
übertr
Bism
preuß
ander
franz
der
preuß
Bism
reizte
die
nichts
franz
lud
Scri
zu der
Angr
diplom
überd
toter
erteilt
ßischer
verlor
nicht
aus.
23. m
Grenz
sich u
ausrie
öster
noch
gering
Aufsch

vielleicht zur Zeit noch beide offen? Der Zar selbst, so hieß es, sei Polens müde, eine Abtretung würde ihm nicht schwer fallen; andererseits drängte die Ausdehnung nach Osten Preußen aus seiner deutschen Stellung heraus und gefährdete seine Zukunft. Darin hätte man allerdings keinen Grund gefunden einem Bismarck diese Politik nicht zuzutrauen; aber seine Maßnahmen, die offenkundig der Unterstützung Rußlands dienten, widersprachen ihr. Schon am 31. Januar waren die vier östlichen Armeekorps unter dem Befehl des Generals von Werder vereinigt und die Reserven der Infanterie einberufen; am folgenden Tage reisten des Königs Adjutanten von Alvensleben nach Petersburg und von Rauch nach Warschau, und wiederum acht Tage später, am 8. Februar, ward eine Konvention mit Rußland abgeschlossen, über deren Tragweite die übertriebensten Gerüchte in Umlauf kamen. Trotz der Versicherung Bismarcks, daß nach wie vor die Überschreitung der Grenze durch preußische oder russische Truppen durchaus von der Einwilligung des anderen Theiles abhängen, glaubte man auf Grund von Äußerungen im französischen und englischen Parlamente, daß den Russen die Verfolgung der Aufständischen auf preußisches Gebiet gestattet und die Mitwirkung preußischer Soldaten zu diesem Zwecke zugestanden sei. Der Spott, den Bismarck über den unaustilgbaren Glauben an diese Seeschlange ergoß, reizte die liberale Partei nur noch mehr; immer von neuem kam sie auf die Konvention zurück und konnte doch über den wahren Inhalt derselben nichts aus dem Minister herauslocken. Auch das englische und das französische Kabinet regten sich sehr darüber auf. Drouyn de l'Huys lud sogar am 21. Februar Oesterreich und England zu gemeinsamen Schritten in Berlin ein; indes Oesterreich hatte selbst über den Beitritt zu der Konvention in Unterhandlung gestanden, England wünschte den Angriff unmittelbar auf Rußland zu richten, und so kam es nur zu diplomatischen Erkundigungen; schon Anfang März konnte Bismarck überdies dem englischen Ministerium erklären, daß die Konvention ein toter Buchstabe sei, da die zur Ausführung nötigen Weisungen nicht erteilt seien. Der Aufstand hatte sich um diese Zeit von den preußischen Grenzen weggezogen und überhaupt seinen drohenden Charakter verloren.

Die Februar-
konvention.

Zu kriegerischen Vorfällen von größerer Bedeutung war es gar nicht gekommen. Mieroslawski spielte seine Rolle in ein paar Tagen aus. Am 17. Februar erschien er auf polnischem Boden, schon am 23. war er nach einigen unglücklichen Gefechten wieder diesseit der Grenze. Nicht viel besser ging es dem jungen Marian Langiewicz, der sich unter dem Protest Mieroslawskis am 10. März selbst als Diktator ausrief und schon am 19. nach Galizien flüchten mußte, wo ihn die österreichische Regierung bewachte. Damit war der Aufstand allerdings noch nicht erloschen; aber die Lauheit der Bauern und Bürger, die nur geringen Eifer zeigten unter die Waffen zu treten, machte einen erneuten Aufschwung wenig wahrscheinlich. Die Hauptstärke des geheimen

Kriegerische
Vorfälle.

Die geheime
Regierung.

Centralausschusses bestand in der Furcht, die er den russischen Beamten einzulösen verstand und in dem Schein von Thätigkeit, mit dem er sich zu umgeben wußte. Bald verbot er die Zahlung von Steuern an die Behörden und setzte selbst Ausschüsse zur Erhebung derselben ein, bald verwarf er die Gnade des Zaren, die ihn beim Anblick so vieler frischer Grabhügel, so vieler rauchender Trümmer von Städten und Dörfern, so vielen noch nicht erkalteten Blutes hingemordeter Brüder mit Schaudern erfülle; dann erließ er wieder Strafbestimmungen für Staatsverbrechen und setzte geheime Gerichtshöfe zur Aburteilung ein, oder er bescheinigte den Empfang von 22 Millionen Gulden, die in den russischen Kassen vermißt wurden, oder schrieb seinerseits ein Zwangsanlehn von 26 Millionen aus. Während er die Grenzen gegen Oesterreich und Preußen fortgesetzt respektierte, zog er schon Ende März, und zwar mit bestem Erfolge, Litauen, einige Wochen später, doch nicht so erfolgreich, Kottbusland in den Aufstand hinein. Ermordungen und Mordversuche, in den Straßen Warschaus unter den Augen der kaiserlichen Polizei gegen hohe Beamte oder eifrige Werkzeuge des Russentums gerichtet, verbreiteten unheimlichen Schrecken und dienten der Nationalregierung dazu Reklame für sich zu machen, indem sie öffentlich durch Anschläge sich als Anstifterin bekannte. Kurz, die Revolution dauerte fort, obgleich sie im offenen Kampfe das Feld nicht behaupten konnte, sie dauerte fort, weil alle Patrioten mit Sicherheit darauf rechneten, daß die Westmächte und Oesterreich zu ihren Gunsten einschreiten würden. Solange die Tinte der Diplomaten floß, floß, nach dem bitteren Wortspiel eines polnischen Schriftstellers, auch das Blut der Polen.

Litauen und
Kottbusland.

Einmischung
der Westmächte
und Oesterreichs.

Zu drei Malen, im April, im Juni und im August, wandten sich die drei Mächte an das Petersburger Kabinet um ihm Vorstellungen über sein Verfahren zu machen; gestützt auf Preußen, das ihm kräftig zur Seite trat und auf das lebhaft sich äußernde Nationalgefühl, lehnte Gortschakoff alle drei Einmischungen entschieden ab und errang sich dadurch einen Grad von Beliebtheit in seinem Lande, der ihm später erlaubte auch der öffentlichen Meinung zum Trotz die guten Dienste Preußens reichlich zu erwidern. Die ersten Noten der drei Mächte, verschieden in Wortlaut und Gedankengang, wurden dem Petersburger Kabinet am 17. April übergeben. Sie stimmten doch darin überein, daß sie Rußland an die Verträge von 1815 erinnerten, durch welche Polen eine Verfassung zugesichert sei, daß sie die periodische Wiederkehr der Aufstände für ein Zeichen tiefligender Schäden erklärten und auf die Gefahr hinwiesen, die darin für ganz Europa liege. Gortschakoff verzichtete darauf die Gültigkeit der Verträge zu bestreiten, wahrte seinem Kaiser aber das Recht dieselben auszulegen und die geeigneten Heilmittel für die vorhandenen Schäden zu suchen und betonte sehr ausdrücklich, daß die Beunruhigung Europas zwar durch den Aufstand in Polen, der Aufstand in Polen aber durch die kosmopolitische Revolutionspartei hervorgerufen sei, die in verschiedenen Ländern Europas ihre Mittelpunkte habe; er

ersuchte deshalb die beschwerdeführenden Kabinette an ihrem Teil zur Verstopfung dieser Quelle des Mißvergnügens behilflich zu sein.

Wenn die drei Mächte geglaubt hatten die Thatkraft der russischen Regierung durch ihren gemeinsamen Schritt zu lähmen, so fanden sie sich getäuscht. Vor dem 17. April hatte der Zar den Polen aus freien Stücken Verzeihung angeboten, nach demselben verdoppelte er seine Strenge. Zwar blieben Großfürst Konstantin und Wielopolski noch im Amt, aber im wesentlichen ward ihnen die Verwaltung aus den Händen genommen und theils in die des Grafen Berg, theils in die der kommandierenden Generale gelegt; nach Wilna ward zur Unterdrückung des litauischen Aufstandes der harte Murawiew geschickt. Er begann damit in allen Bezirken Kriegsgerichte und Militärverwaltung einzuführen, Adel und Geistlichkeit unter die schärfste Aufsicht zu stellen und eine zehnpromillige Steuer auf alle adeligen Güter zu legen, eine Maßregel, die um so unerträglicher war, als schon im März den Bauern die Einlieferung ihrer Pachtzinse und Ablösungsgelder in die Kreiskassen befohlen war, von denen sie den rechtmäßigen Eigentümern, den Edelleuten, bei dem geringsten Verdachte vorenthalten wurden. In Rußland jubelte man dem gewaltthätigen Manne zu, der es zu verstehen schien die Starrheit des Adels wirksam zu brechen; man war unzufrieden damit, daß in Polen nicht dieselbe Strenge walte, und das Verlangen nach der Abberufung des Großfürsten wurde immer lebhafter. Der Kaiser entschloß sich noch nicht dazu dem zu willfahren, sondern beschwichtigte die Dränger durch ein paar Abschlagszahlungen: er ließ den Erzbischof von Warschau, Felinski, der schon im März aus dem Staatsrat ausgetreten war und in einem offenen Briefe an den Zaren die Personalunion gefordert hatte, nach Petersburg bringen, als er gegen die Hinrichtung eines Priesters Protest einlegte; er beurlaubte Wielopolski und übertrug dem Grafen Berg den Vorsitz im Staatsrate. Wo sich die Gelegenheit bot, führte er eine sehr kriegerische Sprache, redete von den Feinden, die vergebens auf den Zwiespalt zwischen ihm und seinem Volke rechneten, drückte die Hoffnung aus einen allgemeinen Krieg noch vermeiden zu können und sprach zuversichtlich von der Verteidigung der Reichsgrenzen und der mit dem Reiche untrennbar verbundenen Gebiete. Adressen und Deputationen, die ihm aus allen Teilen des Landes zukamen, beteuerten ebenso kräftig die Entschlossenheit für die Unversehrtheit des Landes einzutreten und bis zu den Finnen und den Deutschen in den Ostseeprovinzen war alles zum Kampfe und zu den schwersten Opfern bereit.

Das konnte man von den drei Mächten nicht sagen. Lord Russell erklärte wiederholt im Parlamente, daß England nicht daran denke für Polen das Schwert zu ziehen; Oesterreich ließ sich nicht einmal durch Frankreichs Versprechen ihm seinen Länderbestand zu verbürgen zu einer kriegerischen Politik verleiten; nur Napoleon gab sich den Anschein, als ob er zum Kriege bereit sei, und lud seine beiden Verbündeten zu weitergehenden Verabredungen ein. Die Grenzen des Einverständnisses, das

Berg und Murawiew.

Wachsende Strenge des Kaisers.

Neue Noten der drei Mächte.

er erzielen konnte, waren doch ziemlich eng gesteckt. Die drei Antwortnoten, welche Gortschakoff am 27. Juni empfing, stimmten darin überein, daß sie von den Klagen über das polnische revolutionäre Treiben im Auslande gar keine Notiz nahmen und dem Zaren die Bewilligung von sechs Forderungen empfahlen: vollständige Begnadigung, ein polnisches Parlament, polnische Beamte, Religionsfreiheit, ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache und ein neues Rekrutierungsgesetz. England und Frankreich fügten dem noch den Vorschlag hinzu, daß der Zar einen Waffenstillstand verkünden und die Unterzeichner der Wiener Kongressakte zu Konferenzen auf Grund jener sechs Punkte einladen möge.

Gortschakoffs
zweite Ableh-
nung.

Auch wenn der russische Kanzler die Kriegsgefahr höher geschätzt hätte, würde er diese Einmischung rundweg abgeschlagen haben. Mit leichtem Spott erwiderte er am 13. Juli, daß die Herstellung der Ruhe nicht von dem Kaiser verkündet, wohl aber von den fremden Mächten wesentlich gefördert werden könne. Die Banden, die noch unter Waffen stünden, ergänzten sich nur aus dem Auslande; sobald sie irgendwo anschwollen, würden sie sofort zermalmt; dann aber flöhen sie über die Grenze und kämen an anderen Punkten wieder herüber. Dieses Spiel werde von den auswärtigen Revolutionsausschüssen um der guten Bühnenwirkung willen, die es bei der öffentlichen Meinung Europas hervorbringe, unermüßlich erneuert; es beruhe auf der Hoffnung Rußland dadurch schließlich doch in einen Krieg mit den Mächten zu verwickeln und werde besonders von Paris aus geleitet. Über die sechs Punkte wollte Gortschakoff vor Wiederherstellung der Ordnung keine Meinung äußern; eine Beratung mit den Kongressmächten lehnte er schlechthin ab, da Rußlands Würde darunter leiden müßte; gern aber sei er bereit mit Oesterreich und Preußen zu verhandeln, die als Besitzer polnischer Gebiete gleiche Interessen mit Rußland hätten. Offenbar zielte dieser letzte Vorschlag darauf ab das Wiener Kabinett von seinen Verbündeten abzuziehen. Das mißlang aber. Graf Rechberg erklärte in unverbindlichem Tone, daß er auf solche Sonderverhandlungen nicht eingehen und die Zustände in Galizien nicht mit denen in Polen auf eine Stufe stellen lassen könne.

Dritte Ein-
mischung.

Dann verständigte er sich mit England und Frankreich über eine dritte Sendung von Noten, die am 12. August in Petersburg übergeben wurden und in ihrem Schlusssatze wörtlich übereinstimmten. Nachdem jedes Kabinett zuvor in seiner Weise die Berechtigung der polnischen Beschwerden, die Geringsfügigkeit der Unterstützung, die der Aufstand von außen erhalte, das Befremden über Rußlands Ablehnung des Kongressvorschlages und über sein Gegenprojekt ausgesprochen, erklärten sie alle drei, daß sie Rußland die volle Verantwortlichkeit für seine Ablehnung ihrer gemäßigten und versöhnlichen Ratschläge zuschieben müßten. Das nahm Gortschakoff in einer letzten Note vom 7. September sehr höflich hin und schloß damit eine Diskussion, deren Fortdauer, wie er meinte, keine Annäherung, sondern nur eine größere Entfremdung in Aussicht stelle. Es war eine völlige Niederlage, welche die drei Verbündeten sich

geh
gene
der

Wie
teren
der
that
dem
wur
ziehu
licher
die
lohn
den
Litar
offen
wur
geld
Geiß
Mun
Die
komm
heilig
lohn
dem
lieber
dem
feind
und
Russ
auch
ungle
russif
grün
aller
tägig
in die
tunge
weisu
heran
änder
von
des
Zeit

geholt hatten und da jeder dem anderen die Hauptschuld daran beizumessen geneigt war, so hatte der gemeinsame Feldzug keineswegs eine Befestigung der gegenseitigen guten Beziehungen zur Folge.

Murawiew und Berg setzten unterdessen ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der Ordnung mit der alten Strenge fort; dem letzteren ward Ende August durch die Abreise des Großfürsten Konstantin der letzte Hemmschuh abgenommen, der ihn noch behinderte. Abberufung Konstantins. Trotzdem that er es bei seiner milderen Sinnesart dem Statthalter von Litauen, dem Genfer von Wilna, nicht gleich. Der Genfer von Wilna. In den nationalrussischen Kreisen wurde Murawiew der Held des Tages; man jubelte über die Gütereinziehungen, die er bald hier bald dort verfügte, über die unerschwinglichen Steuern, die er dem polnischen Adel auferlegte, über die Hezjagd, die er gegen die Aufständischen losließ, indem er drei Silberrubel Belohnung für jeden unbewaffneten, fünf für jeden bewaffneten Gefangenen, den ihm die Bauern einliefern würden, versprach. Der polnische Adel Litauens wurde planmäßig zu Grunde gerichtet; entweder gab er durch offene Beteiligung an der Empörung seine Güter gradezu preis, oder er wurde durch die maßlosen Geldforderungen zum Verkauf um ein Spottgeld gezwungen. Ebenso erbittert war der Kampf gegen die katholische Geistlichkeit, deren dreiste und verbrecherische Teilnahme am Aufstande Murawiew's Erlasse in den leidenschaftlichsten Ausdrücken brandmarkten. Die Erfolge entsprachen dem angewandten Eifer: am 15. Oktober 1863 konnte Litauen für befriedet erklärt werden. Ein goldenes Standbild des heiligen Michael, eine Ehrengabe vornehmer Damen Petersburgs, belohnte Murawiew für seine Verdienste um das Russentum; mochte aus dem Kreise der Konstantinowzen der grimmige Vorschlag ertönen ihm lieber ein goldenes Beil zu überreichen, so konnte er sich darüber mit dem rückhaltlosen Beifall der öffentlichen Meinung trösten. Die Polenfeinde hatten den vollkommensten Sieg über die Sapadniki davongetragen, und ihre tüchtigsten Kräfte strömten nach Polen um dort das Werk der Russifizierung durchzuführen. Der Aufstand in Polen. Sie warteten dabei nicht einmal ab, daß auch Berg den Widerstand völlig bezwang. Gewiß war dessen Aufgabe ungleich schwieriger als die Murawiew's, weil im eigentlichen Polen die russische Bevölkerung so sehr gering war und die Rebellion sich hier viel gründlicher vorbereitet hatte. Der geheime Ausschuß spottete monatelang aller Entdeckungsversuche; der strengste Belagerungszustand, eine zehntägige Absperrung Warschaws, ein Durchspüren aller Schlupfwinkel bis in die Nonnenklöster hinein, blieb erfolglos; Verhaftungen über Verhaftungen, Geldstrafen über Geldstrafen, Masseneinquartierungen und Ausweisungen, alles war umsonst. Der Jahrestag der Revolution kam heran und noch hatte man nichts entdeckt. Unmittelbar darauf aber änderte sich die Sache. Im Januar 1864 machte man das Stadthaupt von Warschau ausfindig, Ende Februar gelang es einige Mitglieder des Centralausschusses zu verhaften und das Verstummen der geheimen Zeitung, die man bisher auf keine Weise hatte unterdrücken können,

bewies, daß man die rechten getroffen. Bald mehrten sich die Zeichen, daß der Aufstand als hoffnungslos aufgegeben werde. Auf die spärlichen Unterwürfigkeitsadressen, die bisher mühsam zusammengebracht waren, folgten seit Mitte April Massenerklärungen aus dem Adelsstande und der Geistlichkeit; Bauerndeputationen begaben sich nach Petersburg um dem Zaren für die Beseitigung der Leibeigenschaft zu danken, die durch Verordnung vom 2. März endgültig vollzogen war; der Erzbischof Felinski, der noch immer in Petersburg festgehalten wurde, gebot die Aufhebung der Kirchentrauer, die seit seiner Abführung in Szene gesetzt war; der Pariser Revolutionsausschuß erklärte, daß seine Geldmittel dem Versiegen nahe seien, und das Haupt der flüchtigen Aristokraten, Fürst Ladislaus Czartoryski, sagte sich öffentlich von der Erhebung los. Am 18. Juni fand sich Graf Berg veranlaßt eine beschränkte Begnadigung kund zu thun und Anfang August war die Vollstreckung des Todesurteils an fünf Mitgliedern der geheimen Regierung und die Abführung von sechzehn anderen nach Sibirien gleichsam der Schlußstein in der Bewältigung des Landes.

Erbsüßen des
Aufstandes.

Russisches
Strafregiment.

Um die Wiederkehr ähnlicher Erhebungen für die Zukunft unmöglich zu machen wurden die umfassendsten Maßregeln getroffen. Die Befreiung der Bauern war darunter die rühmlichste und wohl auch wirksamste. Hatte man schon im eigentlichen Rußland den Adel nicht eben geschont, so war davon in Polen natürlich noch weniger die Rede; die Entschädigung, die ihm in Schuldverschreibungen zu teil wurde, brachte ihm kaum die Hälfte der jährlichen Einkünfte, die er bisher durch die Fronen bezogen. Unter den Beamten polnischer Nationalität war schon während des Aufstandes gründlich aufgeräumt worden; was noch zu thun blieb, wurde jetzt gethan. Mit der Verbannung der polnischen Sprache aus dem amtlichen Verkehr konnte man in Warschau natürlich aus praktischen Gründen nicht so weit gehen wie Murawiew in Wilna, der seinen Untergebenen und den Gemeindebehörden den Gebrauch des Russischen bei schweren Strafen anbefohlen hatte; aber die Verordnung, daß alle Aushängeschilder in Warschau neben der polnischen eine ebenso große russische Inschrift tragen mußten, zeigte, daß man auch hier den Kampf gegen die Sprache nicht außer acht ließ; die amtliche Zeitung ward fortan russisch abgefaßt. Der Katholizismus, der nach Murawiew's Absichten in Litauen völlig ausgerottet werden sollte, erhielt in Polen wenigstens schwere Schläge. 114 Klöster wurden am 28. November aufgehoben und ihre Insassen teils in andere Ordenshäuser teils über die Grenze gebracht; auch weiterhin sollte damit fortgefahnen werden bis der Bestand auf 35 Klöster mit 360 Mönchen und 140 Nonnen herabgemindert sei; alles Klostervermögen nahm der Staat in Verwaltung und bestimmte es zum Teil für die Verbesserung der Lage der niederen Geistlichkeit. Den höheren Geistlichen dagegen, die schon während der Empörung mit schweren Abgaben belastet waren, suchte man ihre Einkünfte nach Kräften zu schmälern. Für die Ausbreitung der

Der Katholi-
zismus.

griechischen Kirche wurden die eifrigsten Anstrengungen gemacht, vorzugsweise freilich auch wieder in Litauen und Kotrußland, wo man mit besonders gutem Erfolge die sog. unierten Griechen, die sich seit 1596 dem päpstlichen Stuhle unterworfen hatten, wieder in die orthodoxe Kirche hinüberzuziehen wußte, eine Bewegung, die nach einem Jahrzehnt ihr Ziel erreicht hatte. Auch im Schulwesen, das freilich von geringer Ausdehnung war, wurde die Russifizierung mit Eifer angefaßt und so der polnischen Nationalität überall die Art an die Wurzeln gelegt. Wenn der milde Sinn Alexanders auch mit der Zeit ein gelinderes Verfahren walten ließ, so trat in der Sache selbst doch keine Änderung ein; die Versöhnungspläne Wielopolskis gehörten der Vergangenheit an, der Russe gebrauchte das Recht des Siegers über den besiegten, unveröhnlichen Feind, der im schroffen Gegensatze zu den Strömungen der Zeit, die überall das Prinzip der Nationalität begünstigte, schneller als je der Vernichtung entgegenzueilen bestimmt schien.

England.

Für die Gesamtlage der europäischen Politik hatte der polnische Aufstand seine ernste Bedeutung bereits mit dem Augenblicke verloren, in welchem Gortschakoff die Einmischung des Auslandes triumphierend zurückwies. Es war ein gewichtiges Zusammentreffen, daß dieser Augenblick derselbe war, in welchem Preußen den Frankfurter Fürstentag zum Scheitern brachte. Die beiden östlichen Mächte, die fest zusammenstanden, hatten gleichzeitig und unabhängig voneinander ihre Gegner geschlagen; wenn Preußens Sieg nur Österreich unmittelbar traf, so hatte Rußland die Schlacht vor allem über Frankreich gewonnen; England, das dritte Glied des feindlichen Bündnisses, war verhältnismäßig am glimpflichsten davongekommen. Es beschloß den Feldzug gegen Rußland am 20. Oktober 1863 durch eine Note, in der Lord Russell ernst daran erinnerte, daß die Rechte Polens in derselben Urkunde enthalten seien, welche den Zaren zum Herrscher des Landes mache; — drohende Worte, denen aber die friedenssüchtige Politik, die Großbritannien seit Jahr und Tag befolgte, fast alles Gewicht raubte. England hört auf zu nehmen, es fängt an herauszugeben, mit dem ist es zu Ende, soll Bismarck gesagt haben, als um dieselbe Zeit, im November 1863, die Ionischen Inseln an Griechenland abgetreten wurden. Die offenkundige Scheu vor jeder kriegerischen Verwicklung und der vermittelnde Einfluß, den die englische Regierung bald mit bald ohne Erfolg im Auslande zu üben suchte, trugen ihr wenig Dank ein. Es gab kaum einen streitigen Punkt, in dem sie es nicht mit beiden Theilen verdorben hätte, und da sie trotz gelegentlicher Kriegsdrohungen zuletzt immer geschehen ließ, was sie bekämpft hatte, so legte man ihren Vermittlungsversuchen wenig Wert bei. Die Krämerpolitik Großbritanniens wurde zum verächtlichen Schlagworte; in Griechenland und Rumänien, in Rom und Savoyen, in Schleswig-Holstein und

Englands
Stellung in
Europa.

Unfriederliche
Vermittlungs-
versuche.

England und
die Union.

Polen, überall verstand es das englische Kabinett trotz der besten Absichten nichts auszurichten oder gar die Lage zu verschlimmern. Härter jedoch als in irgend einer europäischen Frage rächte sich diese Politik der lauen Begünstigung und schwächlichen Bekämpfung in dem großen Streite, der jenseit des atlantischen Ozeans ausgebrochen war. Mit allen feinen Sympathien den baumwollbauenden Südstaaten zugewandt und herzlich froh den Zusammenbruch der Union, des immer gefährlicher werdenden Nebenbuhlers, hoffen zu dürfen, waren die leitenden Staatsmänner Englands doch zu gewissenhaft oder zu ängstlich um thatkräftig für die Zerspaltung der großen Republik einzutreten. Auch benutzten sie nicht, wie Frankreich es versuchte, die Zeit, in der die Kräfte der Vereinigten Staaten gelähmt waren, zur Erweiterung ihres Einflusses in Amerika. Sie gestanden dem Süden das Recht der Kriegführung zu, ließen ihn Schiffe in englischen Häfen bauen und kaufen, übersahen sogar die Vorbereitungen, die in Kanada zu einem Einfall in die Union gemacht wurden, und gewannen dadurch nichts als den Haß des Nordens. Jede Gelegenheit zum Bruch, die sich darbot, vermieden sie sorgsam, und wie sie Napoleons Antrag zur bewaffneten Einmischung in den polnischen Aufstand ablehnten, so hatten sie seine Einladung zur Unterstützung der Südstaatler verschmäht. Währenddessen litt die Arbeiterbevölkerung in den englischen Fabrikbezirken große Not; die Baumwolle blieb aus, deren Verarbeitung ihr den Lebensunterhalt verschaffte; die Spinnereien und Webereien wurden geschlossen, und nur durch großartige Unterstützungen, in denen die englische Wohlthätigkeit ihre alte christliche Milde glänzend bewährte, konnte dem ärgsten Elend vorgebeugt werden; an 60 Millionen Mark wurden durch Armensteuern und freiwillige Beiträge aufgebracht.

Parlaments-
reform.

Rückwirkend mußte diese Not in der Arbeiterbevölkerung die Unzufriedenheit mit ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Stellung erhöhen. Trotz aller Reformbills waren in dem freien England doch die unteren Klassen immer noch politisch einflußloser als in den meisten übrigen Ländern Europas. An den Wahlen zum Parlamente konnte kaum ein Siebentel der erwachsenen Männer teilnehmen, und wenn beispielsweise die städtischen Wähler in den 30 Jahren seit der großen Reformbill von 280 000 auf 510 000 Köpfe gestiegen waren, so stand diese Zunahme keineswegs im Verhältnis zu dem Wachsen der Bevölkerung: der Prozentsatz der Arbeiterklasse war sogar von 31 auf 26 Prozent heruntergegangen. Gleichwohl machte die Regierung seit dem Jahre 1860 keinen neuen Versuch das Wahlgesetz zu verbessern; eingestandenermaßen nicht deshalb, weil ihre Mitglieder die Zweckmäßigkeit verkanteten, sondern weil Lord Palmerston nichts davon wissen wollte. Die unabhängigen Liberalen wie Locke King und Baines vermochten für ihre jährlich wiederholten Anträge die Mehrheit nicht zu gewinnen, so nahe sie ihr auch manchmal kamen. Der alte Palmerston — er vollendete im Oktober 1864 sein achtzigstes Lebensjahr — wußte mit jugendlicher Rüstigkeit die Mehrheit bei seiner Fahne zu halten und oft genug durch seine alt-

gewohnten Scherze auch die Gegner zu entwaffnen. Sein Wunsch die Hand am Staatsruder zu sterben war auch der Wunsch des Landes. In dem Arbeiterstande aber machte die Forderung einer neuen Reform beständige Fortschritte; die Gewerkvereine schrieben sie auf ihr Banner und die großen Städte sahen wieder wie in früheren Jahren Massenversammlungen unter freiem Himmel, vor denen neue Männer aus den Arbeiterklassen, die Odger, Bradlaugh u. a., feurige Reden hielten, und bei denen es auch an heftigen Zusammenstößen mit der Polizei nicht fehlte. Nicht besser stand es mit Irland. Soviele Übelstände in den letzten Jahrzehnten auch abgestellt waren, so dauerten doch die Grundübel fort; die Armut der irischen Bevölkerung verglichen mit dem Reichtum des zum großen Teil englischen Adels, die glänzenden Einkünfte der anglikanischen Kirche aus einem so überwiegend katholischen Lande, die Heterereien der nationalen Führer und die Gegendemonstrationen der Drangisten, alles das ließ eine Beruhigung der Insel nicht zustande kommen. Von verhängnisvoller Bedeutung wurde auch für Irland der amerikanische Bürgerkrieg. Von den Hunderttausenden, die in den letzten Jahrzehnten von der grünen Insel nach der Union übergesiedelt waren, hatte ein großer Teil in den Reihen der Nordstaaten tapfer für das neue Vaterland gefochten. Aber die Gedanken an die heimische Insel hatten sie darüber nicht verloren, und als nun der Bürgerkrieg zu Ende ging, bildeten sich unter ihnen Verschwörungen um die Herrschaft der Engländer in Irland zu brechen. Unter dem Namen der Fenier entstand ein großer Geheimbund in Nordamerika, der sich schnell nach Europa verzweigte. Im Sommer 1865 entdeckte man die ersten Spuren seiner Thätigkeit, und die Regierung war sofort darüber aus sich der Führer zu bemächtigen. In der That gelang es im September eine Anzahl Verschworener ausfindig zu machen und Einblick in die Organisation des Bundes zu gewinnen; selbst das Oberhaupt desselben, John Stephens, fiel etwas später in die Hände der Obrigkeit, entwischte aber nach kaum vierzehn Tagen aus dem Gefängnis und trieb sich dann noch über ein Vierteljahr auf der Insel herum, ehe er sich im März 1866 nach Paris in Sicherheit brachte.

Alles das machte die Lage der Regierung unbehaglich genug. Nur auf einen Glanzpunkt konnte sie hinweisen und der wurde ihr allerdings hoch angerechnet: die Finanzen des Landes befanden sich in der vorzüglichsten Ordnung. Wenn William Gladstone bei der Vorlage des Staatshaushaltes seine jährliche große Rede hielt und trotz der schlechten Zeiten immer wieder Überschüsse in Rechnung setzen, immer wieder die Abschaffung oder Verringerung lästiger Zölle beantragen konnte, dann wiederhallte das Haus von lauten Beifallsrufen und die Presse des Landes machte sich zum Echo der dankbaren Huldigungen, die dem geschickten Finanzmanne gezollt wurden. Die unausgesetzte Förderung der Freihandelspolitik knüpfte zugleich das Band zwischen der Regierung und der Manchesterpartei fester, das sonst durch die Hinausschiebung

Not in Irland.

Die Fenier.

Finanzpolitik
der Whigs.

Der Westbury-
Skandal.

der Parlamentsreform bedenklich gelockert wurde. Volles Genüge that den Aposteln der Sparsamkeit freilich auch Gladstones Verwaltung nicht, und noch im Jahre 1865, ein Vierteljahr vor seinem Tode, lehnte Cobden den Vorsitz im Rechnungsamte ab, weil er den täglichen Arger über die anstößige und unnütze Vergeudung der Staatsgelder nicht würde ertragen können. Daß der Vorwurf, den er damit erhob, nicht ganz ungegründet war, bewies bald nachher die Entdeckung eines argen Unfugs, den der Lordkanzler Westbury bei der Besetzung einträglicher Stellen hatte einreißen lassen. Seine Kollegen gaben zwar ihrer Überzeugung von der persönlichen Makellosigkeit des arg Angefeindeten dadurch Ausdruck, daß sie ihn im Kabinett zu halten suchten; aber das Unterhaus, das die Sache durch einen Ausschuß hatte untersuchen lassen, zwang ihn am 3. Juli 1865 durch ein Tadelsvotum doch zum Rücktritt.

Aufstand in
Jamaika.

Bei den Neuwahlen, die gleich darauf stattfanden, gewann das Ministerium eine Mehrheit von 70 Stimmen, aber die Zukunft der liberalen Partei war trotzdem in Wolken gehüllt. Der Westbury-Skandal hatte ihr ernstlich geschadet und noch größere Aufregung erzeugte die Grausamkeit, mit der im Oktober ein Negeraufstand in Jamaika von dem Statthalter Eyre unterdrückt wurde. Die Regierung hielt es nicht für geraten diesen Beamten zu decken und schickte einen Untersuchungsausschuß nach der Insel, der die Hinrichtung von 330 Negern konstatierte. Das Fenierunwesen war trotz des Belagerungszustandes und der scharfen Verurteilungen, die bis zu 20 Jahren Deportation lauteten, im beständigen Aufschwung begriffen; auch die Bewegung für die Parlamentsreform nahm zu. Unter diesen Umständen war es für die Whigs beinahe ein Glück zu nennen, daß am 14. Oktober 1865 der greise Palmerston, der Hauptgegner der Reform, aus dem Leben schied. Es war ein reiches Wirken im öffentlichen Dienste, das damit zu Ende ging, und die dankbare Trauer des Volkes zeigte, daß es die mehr als fünfzigjährige politische Laufbahn des Verstorbenen wohl zu schätzen wußte. Bei mehr als einer Gelegenheit hatte Old Pam, wie man ihn kurz zu nennen pflegte, dem britischen Nationalstolze die höchste Befriedigung verschafft; er war durch sein scharfes, mutiges, witziges Dreinreden und Dreinfahren im Parlamente wie im diplomatischen Verkehr der Liebling des Volkes geworden und hatte seit langem das Vorrecht genossen, daß man mit seinen Ansichten über innere Politik nicht allzuscharf ins Gericht ging. Trotz aller Frische, die er sich erhalten, war er doch schon seit Jahren nicht mehr der Feuerbrand von 1848; sonst hätte die auswärtige Politik, die Earl Russell in seinem Kabinett leitete, nicht jenes merkwürdige Gemisch von Belehrungsfucht und Thatenscheu, die diesen Staatsmann, und von befehlendem Tone und kurzem Entschlusse, die Palmerston charakterisierten, zeigen können. Und wie die äußere Politik durch diese Mischung verdorben wurde, so auch die innere: Russells aufrichtiges Interesse für die wichtigsten Reformen, an denen er so erfolgreich gearbeitet, war durch Palmerston lahmgelegt und konnte erst nach

Palmerstons
Lob.

des
sein
gen
Ma
un
zu,
in
Au
wu
doc
die
We
dad
ver
lie
Jo
auf
geg
nac
Gr
daf
hilf
Ko
sein
Lo
daf
Ge
gen
Hä
die
gef
150
ein
ein
Im
die
der
den
die
se
heit
daf
vor
Wo
49

dessen Tode wieder zur Geltung kommen. Allerdings war Russell durch seine 73 Jahre und durch den Übertritt ins Oberhaus auch ein anderer geworden; aber er hatte sich doch genug von den Anschauungen seiner Mannesjahre bewahrt um die Unerläßlichkeit der Reform anzuerkennen und sie jetzt eifrig zu fördern. Die Hauptaufgabe dabei fiel Gladstone zu, der durch Palmerstons Tod Führer des Unterhauses wurde. Gleich in der ersten Sitzung, die das neue, durch Clarendon als Minister des Auseren ergänzte Kabinett nach dem Tode seines bisherigen Leiters hielt, wurde beschlossen die Vorarbeiten zu einer neuen Reformbill zu beginnen; doch wollte man sich zuerst darauf beschränken das Wahlrecht auszudehnen, die sehr nötige Änderung der Wahlbezirke aber und die Sicherung des Wahlverfahrens gegen Bestechung einstweilen vertagen. Die Gefahr dadurch zwischen zwei Feuer zu kommen konnte das Ministerium nicht verkennen, aber es war sehr die Frage, ob sie sich überhaupt vermeiden ließ. Der Reformbund, der sich im Lande gebildet hatte, ging mit seiner Forderung des allgemeinen Wahlrechts soweit, daß jedes Whig-Regiment auf seinen Beistand verzichten mußte, und die Tories waren umgekehrt gegen jede Reform. Eine gewisse Stärkung erlangte das Kabinett gleich nach der Parlamentseröffnung im Februar 1866 durch den Eintritt von Grey, Stansfield und einigen anderen fortgeschrittenen Liberalen; aber dafür hüfte es nicht nur die Unterstützung der Iren ein, die statt Abhilfe für ihre Beschwerden zu finden durch die Aufhebung der Habeas-Korpus-Akte noch mehr gereizt wurden, sondern es verdarb es auch durch seine Reformvorschläge mit dem rechten Flügel der Whigs, der sich unter Lord Grosvenors Führung denselben unter dem Vorwande widersetzte, daß sie nicht über einen Teil der Reform beraten könnten ohne den Gesamtplan der Regierung zu kennen. Gladstones Vorschläge waren gemäßigt genug; er wollte etwa 400 000 neue Wähler schaffen, die Hälfte davon aus dem Arbeiterstande; ungefähr 170 000 rechnete er auf die ländlichen Bezirke, in denen fortan ein Pachtzins von 14 Pfund gefordert wurde; 60 000 auf die städtischen Mieter von ganzen Häusern, 150 000 auf die Mieter von Etagen, sofern sie mindestens 10, oder von einzelnen Stuben, sofern sie 7 Pfund Miete zahlten; der Rest kam auf einige andere Klassen, Besitzer von Sparkassenbüchern zu 50 Pfund u. s. f. Im ganzen stieg dadurch die Zahl der ländlichen Wähler auf 550 000, die der städtischen auf 510 000, d. h. zusammen auf den vierten Teil der erwachsenen Bevölkerung. Kaum hatte Gladstone diesen Vorschlag dem Unterhause am 12. März vorgelegt, so beschlossen die Tories und die Abdullamiten, wie man Grosvenors Partei nannte, sich ihr zu widersetzen. Obgleich nun die Regierung bei der zweiten Lesung eine Mehrheit von fünf Stimmen gewann, so lag die Sache doch so bedenklich, daß es nötig schien den Abdullamiten ihren Vorwand zu entreißen und vor der dritten Lesung einen Gesetzentwurf über die Änderung der Wahlbezirke einzubringen. Auch dieser war sehr schonend abgefaßt; 49 kleinere Städte unter 8000 Einwohnern sollten von ihren zwei

Reformbill.

Die Abdulla-
miten.

Vertretern je einen verlieren und dafür 26 Graffschaften, 16 englische und 7 schottische Städte ein erweitertes Wahlrecht erhalten. Allein die abtrünnigen Whigs wurden dadurch nicht versöhnt. Schnell hintereinander am 28. Mai und am 18. Juni errangen sie bei der Spezialberatung der Gesetze mit zehn und elf Stimmen den Sieg über die Regierung, das erste Mal, indem sie ein Gesetz gegen die Bestechung verlangten, das zweite Mal indem sie statt 7 Pfund Miete 7 Pfund Steuerwert forderten, was einer Miete von etwa 9 Pfund entsprach und die Arbeiter aus dieser Wählerklasse völlig ausschied.

Sturz der
Whigs.

Unter diesen Umständen beschloß das Kabinett zurückzutreten und den Tories das Staatsruder zu überlassen. Am 6. Juli 1866 übernahm Earl Derby die Geschäfte; sein Sohn Lord Stanley erhielt das auswärtige Amt, Disraeli die Führung des Unterhauses; die Abdullamiten lehnten die ihnen angebotenen Stellen ab. Auf die Weiterführung der Reform verzichtete Derby natürlich, verwahrte sich aber dagegen ein prinzipieller Feind des erweiterten Wahlrechts zu sein. Da die Whigs zunächst nicht daran dachten dem neuen Ministerium Schwierigkeiten zu machen und die Abdullamiten es unterstützten, so war eine Auflösung des Parlamentes nicht nötig. Im Lande freilich erwachte eine um so ungestümere Bewegung für die Reform: in London, Birmingham, Manchester, in Edinburg, Glasgow, Dublin und in vielen anderen Großstädten begannen wieder die Massenversammlungen und John Bright, Stuart Mill u. a. forderten laut das allgemeine Stimmrecht. Der Druck, der dadurch auf die Regierung geübt wurde, machte sich bald bemerklich; in den leitenden Kreisen der Tories erkannte man, daß die Bewegung sich nur durch Zugeständnisse entwaffnen lasse, daß ohne solche ein neuer Ministerwechsel, ein neues Parlament und eine neue, radikalere Reformbill unvermeidlich seien. Derby regte die Frage daher im Kabinett schon im Herbst 1866 an, und Disraeli begrüßte das Unterhaus im Februar 1867 mit einer Reihe von Resolutionen, die eine mäßige Reform in Aussicht stellten, immerhin aber die Möglichkeit offenließen die Sache zu verschleppen. Sobald er jedoch sah, daß diese Anerbietungen nicht genügten, ging er einen Schritt weiter und näherte sich in einer Rede vom 25. Februar schon sehr den Vorschlägen, die Gladstone im letzten Jahre gemacht hatte. Derby und die Mehrheit des Kabinetts waren damit einverstanden; einige widerstrebende Mitglieder mußten austreten. Am 18. März legte Disraeli die Bill dem Unterhause vor. Die Punkte, in denen sie sich von der Gladstoneschen unterschied, beispielsweise die Erteilung eines doppelten Wahlrechts an gewisse Klassen, die Bestimmung des Pachtwertes in den Graffschaften auf 15 statt 14 Pfund, die Bestellung von zwei Abgeordneten für die Städte über 7000 statt über 8000 Einwohner, wurden nun der Gegenstand eines eifrigen Parteikampfes. Die Abdullamiten, die sich in ihrer Absonderung von der liberalen Partei immer unbehaglicher fühlten, kehrten unter Gladstones Führung zurück und dem Ministerium blieb der geschlossenen Mehrheit

Reformbill der
Tories.

gegenüber keine andere Wahl als zurückzutreten oder nachzugeben. Zögernd und schrittweise that Disraeli das letztere, nicht zum Vorteile seiner Stellung im Hause; man wußte, daß um am Ruder zu bleiben er alle Abweichungen von der Gladstoneschen Bill preisgeben würde und als eines der ausgeschiedenen Mitglieder des Kabinetts entrüstet fragte, mit welchen Bestimmungen der Bill dasselbe denn eigentlich stehen oder fallen wolle und Lord Stanley darauf die Auskunft verweigerte, war ein herzliches Gelächter die Antwort des Hauses. Bei der Spezialberatung nahm das Zurückweichen des Ministeriums einen beschleunigten Gang an; in manchen Punkten ließen die Beschlüsse auch den früheren liberalen Entwurf noch hinter sich zurück und aus den Reihen der Abdullamiten erscholl die bittere Klage, daß unter dem konservativen Regiment eine wahrhaft demokratische Sintflut hereingebrochen sei. Die einzige Hoffnung der Gegner war jetzt das Oberhaus; aber zur Verwerfung der ganzen Maßregel fehlte diesem der Mut und wenn es eine lange Reihe von Beschränkungen wieder in die Bill einführte, so geschah das ohne jede Aussicht damit durchzudringen; einige der schlimmsten wurden sogar auf die bloße Kunde von der Unzufriedenheit der Unterhausmehrheit freiwillig wiederaufgehoben, die übrigen preisgegeben, sobald das Unterhaus sie verworfen hatte. Nur in einem Punkte fügte dieses sich einem Zusätze der Lords, indem es einwilligte, daß in den Städten, welche drei Abgeordnete ins Parlament schickten, jeder Wähler nur zwei Stimmen abgeben dürfe, wodurch die Minderheit die Möglichkeit erhielt sich des dritten Sitzes zu versichern. Am 13. August 1867 ward die Bill in der Fassung des Unterhauses von den Lords angenommen, am 15. von der Königin bestätigt. Ihre Wirkungen reichten über die Gladstoneschen Vorlagen hinaus, sowohl was die Erweiterung der Wahlberechtigung als was die Verteilung der Abgeordnetensitze betraf; daß schließlich alle Städte unter 10 000 Einwohnern auf je einen Vertreter beschränkt, vier rotten boroughs ihres Wahlrechts ganz beraubt und dafür vier großen Städten je drei Abgeordnete zugestanden wurden, waren Erfolge, die voraussichtlich den fortgeschrittenen Liberalen zu gute kommen mußten. Die ganze Tragweite des neuen Gesetzes auch nur annähernd zu bemessen war schlechterdings unmöglich; Graf Derby sprach die Gefühle nicht bloß seiner eigenen Partei, sondern auch vieler Gegner aus, als er die Bill einen Sprung ins Dunkle nannte. Nur die Überzeugung, daß bei der immer höher steigenden Bewegung dieser Sprung durch jede Verzögerung tiefer und gefährlicher werden müsse, brachte das Gesetz zustande. Es hatte übrigens nur Bezug auf England und Wales; die entsprechenden Bestimmungen für Schottland und Irland erfolgten erst im Juli 1868; das Land war mit dem Gebotenen zufrieden und die Bemühungen der Reformvereine noch radikalere Änderungen durchzusetzen verliefen ebenso im Sande, wie die Bestrebungen Stuart Mills auch den Frauen, die einen selbständigen Haushalt führten, das Stimmrecht zu verschaffen. Als im November 1868 zum erstenmal nach dem neuen Gesetze gewählt

Verhandlungen darüber.

Annahme derselben.

Weitere Reformen.

wurde, ergab sich eine ganz überraschend starke Vermehrung der Wahlkörperschaften; allein in England und Wales wurden über 2 Millionen Stimmen abgegeben, während Gladstone die auf Grund seiner Bill Berechtigten auf wenig mehr als eine Million veranschlagt hatte; Schottland wies dagegen nur 140 000, Irland (bei doppelt so großer Einwohnerzahl) gar nur 80 000 Wähler auf, die wirklich gewählt hatten. Das Ergebnis der Wahlen war eine Mehrheit von 116 Stimmen auf Seiten der Liberalen; der aristokratische Charakter des Unterhauses aber blieb völlig gewahrt; ein starkes Drittel der Vertreter bestand aus künftigen Peers oder nahen Verwandten derselben; dazu kamen über 150 Baronets und Großgrundbesitzer, gegen 120 Kaufleute, Aedher und Industrielle ersten Ranges und (verteilt unter diese Klassen) ebensoviel Direktoren von Eisenbahngesellschaften. Dagegen war weder ein Arbeiter gewählt noch einer der Advokaten, die sich der Arbeiterbewegung angeschlossen, und mehrere der angesehensten Radikalen des früheren Hauses, wie Stuart Mill oder Milner Gibson, hatten sich vergebens um ein neues Mandat beworben.

Das neue Unterhaus.

Die irische Frage.

Die eine brennende Frage, die Wahlreform, war also durch das Toryministerium zum Besten des Landes, wenn auch mit großem Schaden für die Partei, geordnet worden. Um so drohender erhob sich noch vor ihrer Erledigung das irische Geispenst. Die ganze Größe des Übels trat der Nation im Verlaufe der Jahre 1866 und 1867 immer entsetzlicher vor Augen. Während von den Vereinigten Staaten aus Einfälle bewaffneter Fenier in Kanada versucht wurden, dauerte nicht bloß in Irland selbst die Verschwörung fort, sondern verbreitete sich auch unter die irische Arbeiterbevölkerung der englischen Großstädte. Seitens der Regierung wurde kein Mittel der Strenge und der Vorsicht versäumt. Die Häupter der Fenier, die man im Juni 1866 bei dem Einfall in Kanada gefangen hatte, wurden zum Tode verurteilt: in Irland selbst wurde unter Zustimmung der Whigs der Ausnahmezustand von Halbjahr zu Halbjahr verlängert; Kriegsschiffe umkreisten die Küsten, die Polizei ward mit Hinterladern bewaffnet, in England hielt man für alle Fälle die Milizen in Bereitschaft. Trotzdem wagten sich die Fenier an das aussichtslose Unternehmen eines regelrechten Aufstandes, der Anfang März 1867 begann, aber in wenigen Tagen fast ohne Blutvergießen niedergeschlagen wurde. Die gefangenen Führer sahen in englischen Gefängnissen ihrer Verurteilung entgegen. Um sie zu befreien schritt der Bund zu neuen Gewaltanschlägen. Schnell hintereinander, am 19. September und am 13. Dezember, wurden Manchester und London die Schauplätze greulicher Szenen. Dort ward die Polizei überfallen, die zwei Gefangene transportierte, und außer vielen Verwundeten blieb ein Toter auf dem Platze; hier ward gar der Versuch gemacht das Gefängnis von Clerkenwall durch eine Pulverexplosion in die Luft zu sprengen, und zahlreiche Opfer erlagen diesem Frevel. Ein unheimliches Grauen ergriff die friedliche Bevölkerung bei dem Gedanken an einen Feind, der

Fenieranschläge.

vor solchen Mitteln nicht zurückbehte; die Bürger stellten sich der Polizei zu außerordentlichem Hilfsdienst zur Verfügung, und durch den Verrat eines Mitwissers kam man den Thätern glücklich auf die Spur. Mit äußerster Strenge wurden die Schuldigen bestraft, und wenigstens das erreichte man dadurch, daß ein heilsamer Schreck die Verschworenen von ähnlichen Greuelthaten zurückhielt. Aber unmöglich konnte sich die öffentliche Meinung dabei beruhigen. Es mußte etwas geschehen um die Quelle solcher Frevel zu verstopfen. Von der Toryregierung war keine gründliche Beseitigung der Mißstände zu erwarten, die zu eng mit ihrem Klasseninteresse zusammenhingen, als daß die Minister, selbst wenn sie gewollt, ihre Partei hätten zwingen können; das Land rief nach den Liberalen, und die Liberalen entzogen sich dem Rufe nicht.

Fast gleichzeitig erhoben der greise Russell und John Stuart Mill ihre gewichtigen Stimmen um die Heilung der beiden schlimmsten Wunden zu fordern, an denen Irland litt. Russell forderte die Einziehung der Einkünfte, welche die anglikanische Staatskirche im Belaufe von etwa 12 Millionen Mark aus Irland zog, und ihre Verwendung zum Besten des Landes; Mill drang auf eine Revolution in den ländlichen Verhältnissen Irlands, indem er die Umwandlung der gedrückten irischen Pächter in freie Eigentümer ihrer Äcker verlangte. Das war denn freilich mehr, als auch die Whigs zu gewähren bereit waren; für sie lag schon in der Beseitigung der kirchlichen Übelstände eine gewaltige Schwenkung; derselbe John Russell, der jetzt dafür eintrat, hatte keine zwei Jahr früher als Minister einen ähnlichen Antrag im Oberhause zurückgewiesen, und im Unterhause hatte sich auch 1867 noch keine Mehrheit dafür gefunden. Doch war schon damals Gladstone dafür eingetreten und Russell hatte im Oberhause wenigstens die Einsetzung einer Kommission zur Ermittlung der statistischen Verhältnisse durchgesetzt. Die Tories nahmen ihrem Ministerium dieses Zugeständnis sehr übel und eine große Reihe angesehenen irischer Protestanten verbat sich in einer Adresse die Aufhebung der kirchlichen Privilegien. In Wahrheit konnte jener Ausschuß für ein bloßes Scheinmanöver gelten, denn noch im folgenden März hatte er sich nicht einmal konstituiert. Die Regierung gedachte auch jetzt mit einigen geringfügigen Besserungsvorschlägen sowohl im Pacht- wie im Kirchenwesen davon zu kommen; ihre Haupthoffnung setzte sie darauf, daß es ihr gelingen werde durch die Begründung einer katholischen Universität in Irland die Bischöfe gleichsam zu bestechen und durch die Geistlichkeit dann die Gemüter zu beruhigen. Dagegen brach nun bei der ersten Gelegenheit, die sich bot, im Unterhause ein heftiger Sturm los. Abdullamiten und Iren, Radikale und Whigs fielen über Disraeli und den Minister für Irland, Lord Mayo, her; Bright verglich die Regierung mit einem Quacksalber, der auf dem Lande Pillen gegen Erdbeben verkaufe; selbst ein paar Tories kündigten ihren Führern den Gehorsam auf; Gladstone erklärte, daß er den Willen des Hauses durch bestimmte Anträge auf Abschaffung der irischen Staatskirche erforschen werde. Am 23. März 1868

Russell und
Mill.

Abichten der
Tories.

Gladstones
Anträge auf
Absehung
der irischen
Staatskirche.

brachte er sie ein; am 3. April ward der erste, der die Abschaffung im Prinzip aussprach, mit 328 gegen 272 Stimmen angenommen und am 30. mit der noch gewachsenen Mehrheit von 68 Stimmen in dritter Lesung bestätigt.

Disraeli Mi-
nisterpräsident.

Nach der üblichen Praxis hätte Disraeli jetzt sofort das Haus auflösen oder zurücktreten müssen. Von der ersten Maßregel ließ sich kein Erfolg erwarten, die liberale Mehrheit würde nur verstärkt zurückgekehrt sein; überdies waren die irische und schottische Reformbill noch nicht fertig und man hätte daher noch nach dem alten Gesetze wählen müssen, was mit Recht für mißlich erachtet wurde. Von dem Rücktritt des Kabinetts wollte aber Disraeli erst recht nichts wissen; denn seit dem 28. Februar hatte er das Ziel seiner Wünsche erreicht: er war Ministerpräsident geworden. Der alternde Graf Derby fühlte sich den parlamentarischen Stürmen nicht mehr gewachsen und trat zurück; die konservative Partei hatte keinen fähigeren Mann als Disraeli, und wie sehr sich auch ihr aristokratischer Stolz dagegen sträubte, sie mußte den Kaufmannssohn, den Litteraten, den Abkömmling eines spanischen Juden sich als Haupt der Regierung gefallen lassen. Von dieser so schwer erklimmenen Höhe ohne die dringendste Not schon nach wenigen Wochen wiederherabzusteigen war nicht Disraelis Absicht; er kündigte dem erstaunten Hause am 4. Mai an, daß die Königin seine Entlassung nicht angenommen habe und daß die Befragung des Landes, wenn man ihn nicht durch ein Mißtrauensvotum früher dazu zwingt, erst im Herbst nach dem neuen Wahlgesetz stattfinden solle. Trotz aller Entrüstung der Opposition wünschte doch niemand das Damoklesschwert, mit dem man die Drohung einer früheren Auflösung verglich, zum Fallen zu bringen; denn die Kosten einer doppelten Parlamentswahl in einem Jahre, erst nach dem alten, dann nach dem neuen Wahlgesetz, behagten auch den Whigs nicht. Es blieb also bei Vorwürfen und Anklagen von unerhörter Heftigkeit, ein Mißtrauensvotum ward nicht eingebracht. Dagegen wurde auf Gladstones Antrag die Königin ersucht nicht durch neue Ernennungen zu irischen Pfründen die Ordnung der Kirchenfrage im Sinn der Liberalen zu erschweren, und als sie darauf eine zustimmende Erklärung gegeben, durch ein Gesetz jede derartige Ernennung bis zum 1. August 1869 eingestellt. Das Oberhaus verwarf dasselbe freilich am 29. Juni mit beinahe 100 Stimmen Mehrheit; allein da die Königin ihre Zusage gegeben hatte, war das unwesentlich, und aus der großen Stimmenzahl der Gegner brauchte man um so weniger Besorgnisse zu schöpfen, als ein Teil derselben ausdrücklich dem Prinzip zustimmte und die schwierige Frage nur nicht so hastig lösen wollte.

Verhalten des
Ministeriums.

Adresse an die
Königin.

Die Neuwahlen im November zwangen dann Disraeli doch zum Rücktritt; noch ehe das Parlament sich wieder vereinigte machte er am 2. Dezember 1868 Gladstone Platz, der an Russells Stelle die Führung der Liberalen übernahm. Manche Verdienste des gestürzten Torykabinetts wurden auch in den Reihen der Gegner willig anerkannt; besonders war

Rücktritt der
Tories.

man mit der Reformbill, die allerdings für ein unfreiwilliges Verdienst gelten konnte, durchaus zufrieden; dasselbe galt von einigen Gesetzen, welche die Macht der anglikanischen Kirche in England selbst etwas beschränkten, z. B. die Dissidenten von den Steuern für die Staatskirche befreiten. Die Finanzverwaltung Disraelis hatte Gladstone selbst mehrfach gebilligt; den Ankauf aller Telegraphenlinien durch den Staat erkannte man als eine bedeutende Verbesserung des Verkehrs, finanziell erwies sie sich allerdings als ein schlechtes Geschäft; daß gleich beim Beginn der Toryverwaltung, am 27. Juli 1866, der Great Eastern nach mehrfachen mißlungenen Versuchen die Legung eines unterseeischen Drahtes von Valentia in Irland nach Neufundland glücklich beendete, war zwar rein zufällig, gab aber doch dem zeitigen Ministerium einen gewissen Schimmer. Die auswärtige Politik Lord Stanleys unterschied sich von der seines Vorgängers durchaus nicht, und dieser, Lord Clarendon, hätte, wie Derby es ihm angeboten, in das Kabinett eintreten können ohne eine andere Richtung einzuschlagen. Nur ein Akt der auswärtigen Politik zeugte von größerer Entschlossenheit und gereichte dem Ministerium wirklich zur Ehre: das war der Feldzug in Abessinien.

In diesem Lande hatte einer der vielen Teilfürsten sich zum alleinigen Herrscher aufzuschwingen verstanden. Unter dem Namen Theodor und mit dem Titel eines Negus hatte er einen Zustand der Ordnung hergestellt, wie er seit Jahrhunderten bei diesen zerklüfteten Stämmen nicht bekannt gewesen war. Europäischer Gesellschaft und Belehrung nicht abgeneigt gestattete er, der selbst mit seinem Volke dem koptischen Christentum, einer durch jüdische Lehren und Zauberunwesen entstellten Sekte, anhing, englischen Missionaren in seinem Lande ziemlich freie Bewegung. Je fester er sich aber auf dem Throne fühlte, um so eigenwilliger und unberechenbarer wurde er, und bald mußten nicht bloß seine Unterthanen, sondern auch die Europäer, die sich in seine Nähe hatten locken lassen, seine Launen fühlen. Während jene sich insolge dessen gegen den Tyrannen erhoben und eine allgemeine Empörung das Land wieder in die alten Wirrnisse zurückwarf, wurden die Europäer, unter ihnen der englische Konsul Cameron und mehrere englische und Schweizer Missionare, in ein paar festen Plätzen gewaltsam zurückgehalten und sahen einem traurigen Ende entgegen. Die englische Regierung hatte, seit sie Kunde davon empfangen, nichts versäumt um die Freilassung der Gefangenen zu bewirken; aber weder ein eigenhändiger Brief, den die Königin Ende 1866 dem Negus schrieb, noch Stanleys Drohungen hatten Erfolg. Trotz aller Friedensliebe und der unverkennbaren Schwierigkeit des Unternehmens war daher ehrenhalber ein bewaffnetes Eingreifen nicht zu umgehen. Mit großer Sorgfalt wurden Ende 1867 die Vorbereitungen getroffen und 4000 Europäer und 8000 Sepoys, vortrefflich bewaffnet und vorsorglich ausgerüstet, unter dem Befehl Sir Robert Napiers an der Küste des roten Meeres bei Zula, südlich von Massaua, gelandet. Der Argwohn der fremden Regierungen, besonders der ägyptischen und

Der abessinische
Feldzug.

Landung in
Zula.

Einnahme von
Magdala.

türkischen, als ob die Absicht der Engländer die dauernde Besetzung dieser Küstenstriche sei, wurde durch unzweideutige Erklärungen entwaffnet, und das Unternehmen fand von dieser Seite her bereitwillige Förderung. Um die Jahreswende rückte die Vorhut unter Oberst Merewether in südlicher Richtung vor und besetzte Antalo und andere Punkte, wo große Vorräte angesammelt wurden, um dem vordringenden Heere eine gesicherte Rückzugslinie zu bereiten. Demselben Zwecke diente ein Bündnis, das Napier mit Kasa, dem Fürsten von Tigre, einer der nördlichsten Provinzen Abessinien's, schloß. Nachdem so jedem Gebote der Vorsicht Genüge geleistet war, brach das Heer Mitte März gegen Magdala auf, die stärkste Feste Theodors, in die er seine Gefangenen geschleppt hatte und die er selbst verteidigte. Der Vormarsch war von ungeheueren Schwierigkeiten begleitet; es galt Pässe von 3000 Meter Höhe und tief eingeschnittene Flußthäler zu überschreiten; die Rückzugslinie bis Antalo genügend zu decken war ganz unmöglich. Der Negus verstand es jedoch nicht aus diesen Umständen Nutzen zu ziehen und griff die Engländer erst an, als sie von der Hochebene von Dalanta, die von Magdala durch eine 1000 Meter tiefe Schlucht getrennt wird, am 10. April 1868, dem Karfreitag, unter Sir Charles Staveley ins Thal hinabstiegen. Seine beinahe vierfache Übermacht half ihm nichts, da die weittragenden Büchsen der Gegner seine Scharen beim Herabstürmen von der Höhe niederstreckten, ehe sie noch ins Gefecht kommen konnten. Der Eindruck des Kampfes, der den Engländern nur 20 Verwundete, den Abessiniern allein 800 Tote und fast doppelt so viel Verwundete gekostet haben soll, war gewaltig; anderen Tages erklärte sich Theodor zur Herausgabe der Gefangenen bereit; aber sich selbst auszuliefern, wie Napier verlangte, ertrug er nicht. Nachdem er die Europäer ins englische Lager geschickt, stellte er den Seinen frei zu fliehen; mit 16 Mann, die ihm treu blieben, trotzte er am Ostermontag der Beschießung und dem Sturme und gab sich, als der Feind in die Thore eindrang, durch einen Pistolenschuß selbst den Tod. Zufrieden die ihm gestellte Aufgabe glücklich gelöst zu haben, zerstörte Napier, der den Beinamen von Magdala erhielt, die Bergfestung und kehrte mit dem gefangenen Sohne Theodors bereits am 17. April nach Zula zurück, von wo er sich am 1. Juni wieder nach Bombay einschiffte. Daß England sein Wort hielt und keinen Küstenpunkt in Besitz nahm, wurde ihm von allen Seiten hoch angerechnet. Die Versuchung dazu war in der That nicht gering. Einmal hatte der Krieg statt 40 Millionen, wie Disraeli veranschlagt hatte, 160 Millionen Mark gekostet, und wenn die Engländer wirklich zu der engherzigen Krämernation herabgesunken waren, für die man sie ausgab, so mußte dieser Preis für die Befreiung von etwa 60 Personen gewiß unverhältnismäßig hoch erscheinen; sodann aber stand die Eröffnung des Suezkanals in nächster Aussicht, der mit französischem Gelde und französischem Geiste gebaut dem Einflusse Englands völlig entzogen war, während dieses doch an ihm, als dem nächsten Wege nach Ostindien,

Rückkehr der
Engländer.

das größte Interesse haben mußte. Durch die Aneignung der abessinischen Küste hätte es sich den mangelnden Einfluß sicher erworben, und in Frankreich zweifelte man deshalb nicht, daß es die Gelegenheit wahrnehmen werde. Der verschiedene Geist, der die Politik der beiden Länder leitete, trat hier zum Nachteil Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise ans Licht, und die Engländer säumten nicht die Aufmerksamkeit darauf hinzulenken. Als Gegenstück zu ihrem abessinischen Feldzug diente ihnen Napoleons mexikanisches Abenteuer. Selbst Disraeli konnte es sich nicht versagen im Parlamente die Eroberung Mexikos durch Cortez mit Napiers Zuge zu vergleichen, und die Ähnlichkeit beider in bezug auf die Schwierigkeiten, die Unähnlichkeit in betreff der Beweggründe hervorzuheben — eine Gegenüberstellung, die jedermann sofort auf den neuesten Cortez und seine nichts weniger als uneigennütigen Pläne übertrug.

Abessinien und
Mexiko.

Frankreich und Italien.

Vollständig gescheitert, wie diese Pläne im Jahre 1868 bereits waren, übten sie doch noch immer ihre Nachwirkung auf die Stellung Frankreichs und hatten seine Politik mehrere Jahre hindurch sogar vollkommen beherrscht. Zu tief in die Wirren jenseit des Ozeans verslochten, fand Frankreich in den verhängnisvollsten Augenblicken sich derart gelähmt, daß es in die europäischen Verhältnisse gebietend einzugreifen nicht die Macht hatte; zu ernstlich durch die Mißerfolge in der neuen Welt geschädigt glaubte der Kaiser sein geschmälertes Ansehen durch die gefährlichsten Versuche in Europa wiederaufzufrischen zu müssen. Selbst sein Auftreten in der polnischen Frage war durch den mexikanischen Feldzug schon stark beeinflusst, obgleich dieser eben damals den günstigsten Verlauf nahm. Auch so erforderte er die schärfste Aufmerksamkeit und starke Hilfsmittel und ließ dem Kaiser jedenfalls nicht die Kraft ohne England es bis zum Kriege mit dem Zaren zu treiben. Dennoch wagte er es eine starke Sprache zu führen und setzte sich so dem empfindlichen Rückschlag aus, der eintrat, als diese Sprache taube Ohren fand. England, dessen Minister stets den Gedanken eines Krieges für Polen zurückgewiesen hatten, konnte sich begnügen Rußlands hartnäckiger Weigerung eine Drohung für die Zukunft entgegenzustellen; Napoleon fühlte sich außer stande es dabei zu lassen und verfiel so auf den Plan eines europäischen Kongresses, der ihm von je am Herzen gelegen hatte, und der ihm jetzt über den peinlichen Mißerfolg hinweghelfen sollte. Die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers am 5. November 1863 bot ihm die Gelegenheit Frankreich durch die unerwartete Veröffentlichung dieses Vorhabens zu überraschen.

Frankreich und
Mexiko.Der Kongress-
vorschlag.

Daß der Kaiser diese Form wählte um die Kongressidee der Welt bekannt zu machen ließ schon erkennen, daß Erwägungen der inneren Politik derselben nicht fern geblieben waren. Wie stramm das Regiment,

Die parlamen-
tarische Oppo-
sition.

Der Klerus.

Anerkennung
Italiens.

das er in Frankreich führte, auch sein mochte, es konnte nicht verhindern, daß die alten Parteien am Leben blieben und bei günstiger Gelegenheit sich auch bemerkbar machten. Durch die liberalen Zugeständnisse vom November 1860 war ihnen das erleichtert worden. Die Adreßdebatte, welche fortan wieder wie ein glänzendes und aufregendes Feuerwerk die Arbeiten der parlamentarischen Körperschaften eröffnete bot den fünf Oppositionsmännern im gesetzgebenden Körper genügend weiten Spielraum um ihre Beschwerden und Hoffnungen darzulegen; im Senate eignete sich der Prinz Napoleon die Rolle eines demokratischen Oppositionsredners an und erging sich, wie die Tagesereignisse es fügten, in Angriffen auf den Papst oder den Zaren, in Brandreden für die Polen oder die Italiener. Die Mehrheit ließ natürlich weder hier noch dort je ein feindliches Wort in die Antwortadressen einschlüpfen, sondern sorgte dafür, daß sie der unumwundenste Ausdruck unterthänigster Bewunderung blieben. Dennoch mehrten sich die Fälle, in denen der Kaiser unangenehm an die Fortdauer feindlicher Strömungen erinnert wurde. Seine italienische Politik hatte den hohen Klerus doch sehr empfindlich gekränkt, und wie der Papst selbst unter die ausgesuchten Schmeicheleien, mit denen er den Schirmherrn Roms von Zeit zu Zeit bedachte, gelegentlich auch ein bitteres Wort mischte, so gaben manche der hohen Prälaten Frankreichs ihrem Unwillen über die Freundschaft mit dem kirchenräuberischen Viktor Emanuel sehr derben Ausdruck. Wenn Dupanloup, der gewandte Bischof von Orleans, gegen die verhüllten Redewendungen und Zweideutigkeiten eiferte, mit denen der kaiserliche Broschürenschreiber Lagueronnière die weltliche Herrschaft des Papstes anfocht, so verglich sein Amtsbruder in Poitiers die Handlungsweise Napoleons geradezu mit der des Pontius Pilatus, der Christus hätte retten, ohne den man Christus nicht hätte kreuzigen können, und der Erzbischof von Tours drohte Fürsten und Ministern, Schriftstellern und Offizieren, die an dem schuldvollsten und barbarischsten Vorgange unserer Zeit teilgenommen, mit dem rächenden Strafurteil der Geschichte. Mächtig genug war diese Strömung in Frankreich; fanden sich in dem getreuen Senat doch etwa 60 gegen 80 Stimmen, die dem Kaiser die weltliche Herrschaft des Papstes empfehlen wollten; aber Napoleon verhehlte sich nicht, daß er mit halben Zugeständnissen die Gunst dieser Eiferer doch nicht wiedergewinnen könne, und daß er um sie vollauf zu befriedigen sein Werk von 1859 von Grund aus wiederzerstören müßte. Er erwiderte also die geistlichen Anfeindungen, die im Frühjahr 1861 am heftigsten waren, in ungewöhnlich scharfer Weise dadurch, daß er Oesterreichs und Spaniens Einladung zur gemeinsamen Beschützung des Papstes an Savours Todestage rundweg ablehnte und am 15. Juni das Königreich Italien anerkannte. Die schnell aufeinanderfolgenden Besuche, die er im Herbst von den Königen von Schweden, Preußen und Holland in Compiègne erhielt, bekundeten ein besonnenes Hinneigen zu den protestantischen Mächten, und die Ernennung Foulds zum Finanzminister am

14. November 1861 kennzeichnete sich dadurch als ein liberaler Fortschritt, daß mit Fould zugleich auch seine Reformvorschläge für die Finanzverwaltung angenommen wurden. Diese bestanden erstens darin, daß die einzelnen Ministerien fortan nicht mehr über die ihnen bewilligten Summen derart frei verfügen durften, daß sie Überschreitungen an einem Posten durch Ersparnisse an einem anderen ganz unüberwacht decken konnten, sondern diese Freiheit nur innerhalb der einzelnen, freilich sehr groß bemessenen Kapitel des Haushaltsgesetzes behielten; zweitens aber darin, daß der Kaiser auf sein Recht in Abwesenheit der Kammern selbst den Ministerien neue Ausgaben zu bewilligen Verzicht leistete. Er ließ sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen Frankreich auf solche Großmut sehr nachdrücklich aufmerksam zu machen und ihm vorzuhalten, daß nur ein Erwählter des Volkes also handeln könne, während ein legitimer Fürst in den Vorrechten der Krone immer nur ein heiliges Gut, das man nicht anrühren dürfe, ein Erbteil der Väter, das ungeschmälert auf den Sohn übergehen müsse, erblicken werde. Der gute Eindruck, den er damit zu machen hoffte, wurde aber völlig aufgewogen durch die scharfe Drohung, welche der Moniteur wenige Tage darauf den Blättern erteilte, die nach dieser ersten Verbesserung der Verfassung neue und größere verlangten und dafür die Belehrung hinnehmen mußten, daß dieser Grundvertrag zwischen Kaiser und Volk nach wie vor jeder Erörterung und jedem Angriff entzogen bleibe. Ein deutlicheres Geständnis, daß der Boden des Kaiserreiches noch immer unsicher sei, konnte kaum abgelegt werden, und die Bewegungen der feindlichen Parteien, die an die Öffentlichkeit traten, gaben, spärlich wie sie waren, doch die vollste Bestätigung. Die gärende Unzufriedenheit der studierenden Jugend von Paris, des Löwen vom Quartier latin, wie sie in einem ingrimmigen Liede sich selbst nannte, trat in mancherlei Tumulten zu Tage; wahrhaft blutleczende Töne erklangen in jener Hymne:

Foulds
Finanzverwal-
tung.Das Quartier
latin.

Schwarz lag die Nacht auf Frankreichs Gauen,
Daß man den Feind nur tastend fand;
Langjäh'ge Nacht, o Nacht voll Grauen,
Verzeih', daß Schlaf uns übermannt!
Jetzt bei des Morgens erstem Wehen
Erfüllt er seine Pflichten streng:
Ihn zu erspähen,
Den er zum Fraß sich ausersehen,
Der Löwe vom Quartier latin.

Fünf Kön'ge nur hat er gefressen —
Klein ist die Zahl für hundert Jahr,
Dem langen Haß kaum angemessen! —
Sie sind verdaut auch ganz und gar.
Er stirbt, wenn nicht der lang Erharnte
Zum letzten köstlichsten Festin
Bezahlt die Karte:
Ihn lüstert sehr nach Bonaparte,
Den Löwen vom Quartier latin!

Die Bedeutung
von Paris.

Die konser-
vativen Parteien.

Forderungen
der Opposi-
tion.

Die römische
Frage.

Solcher Prahlereien hätte man in den Tuileries spotten mögen, wenn der Student nicht „von je zum Vortrab auserkoren“ auch jetzt „der Blusen Schar“ hinter sich gehabt hätte. Die völlige Abwendung der hauptstädtischen Bevölkerung von dem kaiserlichen Regimente ließ sich immer deutlicher wahrnehmen, wenn sie auch erst durch die Wahlen des Jahres 1863 urkundlich beglaubigt wurde. Paris war vielleicht nicht mehr in demselben Grade wie vor fünfzehn Jahren der ausschließlich maßgebende Mittelpunkt Frankreichs; es war in seiner freien revolutionären Bewegung durch die breiten Boulevards, die es durchzogen, durch die geschickt verteilten Kasernen, durch die Forts, die rings um seinen Mauern lagen, beschränkt; durch diese Fesselung hatte es auch an moralischem Einfluß bei den revolutionären Parteien verloren, Lyon und Marseille, obgleich auch von dem Bonapartismus wohl behütet, machten ihm in den Hoffnungen der Demokratie den Rang streitig. Aber das Erwachen des alten Geistes, die kaiserfeindlichen Kundgebungen, die man im Quartier latin wagte, vor allem die Wahl oppositioneller Volksvertreter gaben ihm schnell in dieser Richtung seine frühere Stelle wieder. Die alte Gefährlichkeit aber war und blieb verloren, nicht allein wegen der erwähnten Verteidigungsanstalten, sondern auch weil die konservativen Parteien, in Paris ohnmächtig, in den Provinzen an Stärke gewannen und ein schweres Gegengewicht gegen die Hauptstadt und die übrigen demokratischen Großstädte in die Schale warfen. Für den Kaiser war dieses Erstarken der Konservativen aber auch nur ein zweifelhafter Gewinn; für den Augenblick mochte noch nirgends die Absicht vorwalten ihn zu beseitigen und das Königtum der älteren oder der jüngeren Linie wiederherzustellen, aber als Zukunftstraum lebte diese Hoffnung in vielen Seelen. Ansätze zur Opposition konnten selbst in der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers nicht völlig unterdrückt werden; es war ein ganz ungewohntes Schauspiel, als in denselben Tagen, wo das Quartier latin mit starken Truppenmassen besetzt wurde, der Kaiser den Antrag auf Bewilligung einer Jahresrente für den Grafen von Palikao zurückziehen mußte, weil der zur Prüfung niedergesetzte Ausschuß sich einstimmig dagegen erklärte; es war in demselben März des Jahres 1862, wo Jules Favre und seine Genossen heftiger als je über die Fälschung der öffentlichen Meinung durch die Presse, über die Verderblichkeit der Scheinwahlen, über die Verschwendung in den Ausgaben loszogen, wo sie die Abschaffung der Sicherheitsgesetze, die Räumung Roms, die Zurückziehung der Truppen aus Mexiko forderten. Natürlich erfolglos, da die getreue Mehrheit in allen diesen Stücken die Regierung unterstützte und nur ein paar abtrünnige Klerikale sich als übereifrige Freunde des Papstes mit den Feinden desselben vereinigten um dem Kaiser, der den mittleren Weg verfolgte, ihr Mißfallen fühlbar zu machen. Napoleon verschärfte vielmehr gerade jetzt seinen Gegensatz zu den Römlingen, indem er die Besatzung von Rom verminderte, an die Stelle des gut päpstlichen Generals Goyon den minder entschiedenen Montebello zum

Befehlshaber ernannte und in einer Note an seinen Gesandten in Rom andeutete, daß bei der fortgesetzten Unbeweglichkeit des Papstes Frankreichs Politik endlich einmal die Besetzung von Rom nicht mehr gestatten könnte ohne die Gemüther noch mehr zu verwirren. Der Minister des Auseren Thouvenel, der Gesandte beim heiligen Stuhle Lavalette, und Benedetti, der Gesandte in Turin, durften für die charakteristischen Dolmetscher dieser drohenden Haltung gelten; ihnen gegenüber vertraten Walewski und Drouyn de l'Huys, ganz besonders aber die Kaiserin, die Nachgiebigkeit gegen Rom, von der allein sie Sicherung für die napoleonische Dynastie erwarteten. Die völlige Auslieferung der Liberstadt an die Italiener hatte außer dem Prinzen Napoleon kaum einen Verteidiger in der Umgebung des Kaisers aufzuweisen, die Ansprüche des Turiner Parlamentes wurde samt ihrer Befürwortung durch England von Thouvenel kurz zurückgewiesen; das äußerste Zugeständnis, das er in der Ferne sehen ließ, war, daß der Kaiser Rom den Römern überlassen werde. Aber ernstlich war auch diese Möglichkeit kaum ins Auge gefaßt, wenigstens nicht in dem Sinne, wie sie Italien allein hätte befriedigen können: als Übergang zur völligen Vereinigung mit dem Königreiche. Unwillig wandten sich daher die entschiedeneren Politiker der Halbinsel von Napoleon ab und richteten ihre Blicke zum Teil auf Deutschland, zumeist aber auf England, das zuerst von allen Großstaaten Viktor Emanuel anerkannt hatte, und von dem man sich keiner selbstsüchtigen Politik glaubte versehen zu dürfen. Bewaffneten Beistand, den man jedenfalls umsonst erbeten hätte, brauchte man ja nicht, sondern nur diplomatische Förderung und private Geldunterstützung; das eine wie das andere war in ganz Europa nirgends zu finden, wenn nicht auf den britischen Inseln.

Italien und
Frankreich.

Vor einem Angriff Oesterreichs oder Spaniens konnte Italien seit Mitte 1861 ziemlich sicher sein; ein Freischärlerzug, den der spanische General Borjes noch im September unternahm, mißlang völlig, obgleich in Kalabrien, wo die Landung stattfand, die Räuberbanden, die König Franz von Rom aus unterhielt, zur Mitwirkung bereit waren und wenn irgendwo dann hier ein solches Unternehmen Ausichten auf Erfolg hatte. Nichtsdestoweniger entbehrte die Stellung Italiens in dem europäischen Staatenvereine der Festigkeit noch gar sehr. Nach Cavour's Tode war kein Staatsmann aufgetreten, der die Zügel straff zu halten vermocht hätte. Sein nächster Nachfolger, der Toskaner Ricasoli, war ein ehrenfester Charakter, aber sein starres Beharren auf den einmal gefaßten Beschlüssen machte dem „eisernen Baron“ viele Feinde und beraubte ihn des Einflusses auf die Kammermehrheit, deren er um so dringender bedurfte, als auch Viktor Emanuel ihm nicht sehr hold war. Bei Napoleon hatte er vollends nur auf abgünstige Gesinnungen zu rechnen; denn mit Recht wurde es ihm vor allen zugeschrieben, daß des Prinzen Napoleon Bewerbungen in Toskana 1859 so glänzend gescheitert waren. Zwar erkannte Frankreich gerade, als Ricasoli das Staatsruder

Die übrigen
Großmächte.

Ricasolis Ver-
handlungen
mit dem
Papste.

ergriff, das Königreich Italien an; aber dieses Zugeständnis hatte noch der verstorbene, nicht der neue Minister errungen, und die Bemühungen des letzteren durch Napoleons Vermittlung eine Versöhnung mit dem Papste zu bewirken wies Thouvenel schlechthin zurück. Der Brief, den Ricasoli unter dem 10. September 1861 an den Papst richtete, und die Vorschläge, die er ihm darin machte, verdienten allerdings die Bezeichnung, daß sie allzuradikal seien: sie forderten die Abtretung Roms und gewährten dem heiligen Vater dafür nur eine Dotation, zu der alle katholischen Nationen beitragen sollten, und die unbeschränkte Herrschaft über Kirche und Geistlichkeit. In dieser Richtung ging Ricasoli mit Preisgabe der staatlichen Aufsichtsrechte soweit, daß auch der eifrigste Anhänger der Cavour'schen Lehre von der freien Kirche im freien Staate stutzig werden mußte. Die Stellung des Ministers litt darunter umso mehr, als er sich mit dem thätigsten seiner Kollegen, Minghetti, wegen des Regionalsystems, dessen eifriger Verfechter jener war, überworfene hatte und durch dessen Austritt aus dem Kabinett zu derselben Zeit einen Teil seiner Anhänger verlor, wo Rattazzi, das Haupt der gemäßigten Linken, von Paris aus ermutigt, gegen ihn zu intrigieren begann. Schon im März 1862 forderte er seine Entlassung, weil die Kammer ihm ein Vertrauensvotum verweigerte, und Rattazzi trat an seine Stelle. Auch dessen Regiment war indessen nicht von langer Dauer. Daß Preußen (am 22. Juli 1862) und Rußland das Königreich jetzt anerkannten, war im Grunde ein Verdienst Ricasolis, der durch seine Ehrlichkeit Zutrauen erweckt und die Verhandlungen glücklich eingeleitet hatte. Rattazzi stieß bei ihnen auf entschiedenes Mißtrauen und mußte sich erst durch eine unzweideutige Maßregel in Gunst setzen. Die Gelegenheit bot sich schnell. In der Aktionspartei glaubte man auf die neuen Minister, unter denen sich Depretis, Persano und Pepoli befanden, rechnen zu können und entwarf deshalb Pläne zu Aufständen in den slawischen Provinzen Oesterreichs und der Türkei, die mit der Landung Garibaldi's in Albanien beginnen sollten; von der weiteren Entwicklung hoffte man eine solche Lähmung Oesterreichs, daß ein Angriff auf Venetien erfolgreich unternommen werden könne. Ein Aufruf Kossuths vom 10. April forderte die unterjochten Stämme zur Erhebung auf. Garibaldi hielt in Genua eine Generalversammlung von mehr als 200 Vereinen, die sich zu seinem Programm bekannten, und durchkreuzte die Lombardei um überall Schützengesellschaften zu gründen. Schon sammelten sich an der tiroler Grenze und in Brescia die Freiwilligen um auf ein gegebenes Zeichen loszuschlagen, als Rattazzi auf dringenden Befehl Napoleons etwa 100 von ihnen und einige Führer verhaften ließ. Je fester Garibaldi und seine Freunde darauf gerechnet hatten, daß die Minister ein Auge zudrücken würden, um so größer war jetzt ihr Zorn. In seiner ersten Gestalt mußte das Unternehmen aufgegeben werden, zumal auch England zu verstehen gab, daß es die Landung in Albanien verhindern werde; aber schnell entschlossen änderte Garibaldi seinen Plan und wählte

Ministerium
Rattazzi.

Garibaldi's
Angriff auf
Rom.

sich
Si-
Be-
fan-
sie
To-
Pa-
stär-
ver-
we-
der-
mit-
wie
Be-
für-
As-
lich-
In-
un-
Pa-
29
Ge-
wu-
bre-
no

Gi-
für-
W-
for-
sei-
G-
gi-
ha-
ab-
S-
B-
M-
M-
nu-
un-
fl-
in-
1.

sich den Kirchenstaat zum Arbeitsfeld. Im Juni erschien er plötzlich in Sizilien, wo er von Bixio und Ballavicino, den obersten königlichen Beamten, als von alten Freunden ungehindert zu bleiben hoffte. Bald sammelten sich Parteigenossen um ihn, und wohin sie kamen, verkündeten sie unter heftigen Schmähungen auf Napoleon die Losung: Rom oder Tod! Auch das konnte Rattazzi natürlich nicht hingehen lassen; er berief Ballavicino ab und sandte den General Cugia mit bedeutenden Verstärkungen auf die Insel. Ein Manifest des Königs vom 3. August verkündigte, die Stunde Rom zu nehmen habe noch nicht geschlagen; wer dazu auffordere, rufe zum Bürgerkriege auf und werde die Strenge der Geseze erfahren. Trotzdem schiffte sich Garibaldi am 24. August mit etwa 3000 Mann in Catania ein und landete in derselben Gegend wie am 19. August 1860. Aber der Ausgang war ein anderer. Die Bevölkerung wollte von dem Abenteurer nichts wissen und ließ die Ankömmlinge ohne Unterstützung, so daß sie sich sogleich in das Gebirge Aspromonte werfen mußten. Alle Ortschaften umher waren von königlichen Truppen besetzt. Da ergriff Mutlosigkeit viele der Garibaldiner. In wenigen Tagen machte sich die Hälfte der Leute aus dem Staube, und kaum 1500 waren es, die am 28. August 1862 von dem Obersten Ballavicini angegriffen wurden. Ein kurzes Gefecht, in dem beide Seiten je 29 Tote und Verwundete hatten, endete mit der Ergebung der Abenteurer. Garibaldi selbst war durch eine Kugel am rechten Fuße verwundet. Er wurde gefangen nach dem Fort Barignano am Golf von Spezzia gebracht, und als er geheilt war, nach Caprera entlassen; auch seinen Genossen wurde am 5. Oktober Amnestie erteilt.

Rattazzi empfand sehr wohl, daß der furchtbare Zorn, welchen dies Einschreiten gegen den vergötterten Helden erregte, seinen Sturz herbeiführen werde, wenn er nicht irgend ein bedeutendes Gegengewicht in die Waagschale zu werfen vermöge. Durando, der Minister des Auswärtigen, forderte deshalb in einem Rundschreiben vom 10. September die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Er erreichte das gerade Gegenteil von dem, was er gewollt. Napoleon glaubte in seiner Nachgiebigkeit gegen Italien einhalten und der Gegenpartei wieder die Oberhand geben zu müssen: Ende September wurde Lavalette aus Rom abberufen und am 15. Oktober auch Thouvenel entlassen. An des letzteren Stelle trat Drouyn de l'Huys, an die des ersteren Graf Sartiges; auch Benedetti in Turin erhielt in dem Grafen Latour d'Auvergne einen Nachfolger von minder italienfreundlicher Gesinnung. Es bedurfte der Note vom 26. Oktober, welche die Auslieferung Roms verweigerte und nur die Förderung von Reformen im Kirchenstaat verhieß, nicht mehr um Rattazzis Stellung vollends zu untergraben. Das Parlament erklärte sich auf Boncompagnis Antrag gegen ihn, und da der König in die Auflösung desselben nicht willigen wollte, trat das Kabinett am 1. Dezember 1862 zurück.

Von da ab ruhten die Verhandlungen über die römische Frage

Wahlen in
Frankreich.

längere Zeit; denn erst trat durch die Vertreibung des Königs Otto die Wiederbesetzung des griechischen Thrones, dann bald nach dem Beginn des neuen Jahres der polnische Aufstand in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Für Napoleon so gut wie für seine Gegner in Frankreich waren alle diese Fragen der äußeren Politik zugleich innere Fragen; der gesetzgebende Körper, der im Jahre 1857 gewählt war, beendete jetzt seine letzte Session, und für die Wahlbewegung griffen alle Parteien begierig nach dem Stoffe, den ihnen die diplomatischen Verhandlungen boten. Persigny, der als Minister des Inneren die Aufregung dieser Wochen zu zügeln hatte, leistete das Mögliche. Während er laut verkündete, daß die Abstimmung frei sei, erneuerte er das Verbot aller Wahlversammlungen von mehr als zwanzig Personen, und schrieb den Präfekten vor öffentlich die Bewerber zu bezeichnen, die des Vertrauens der Regierung genossen; nur so könne man das aufrichtige Gemüt der Bevölkerungen vor den Kunstgriffen der Sprache und den zweideutigen Glaubensbekenntnissen schützen, mittels deren die Faktionen, die Trümmer der gestürzten Regierungen, die Wähler hintergehen möchten. Selbst gegen einzelne Männer richtete der geschäftige Minister seine gewandte Feder, indem er in einem langen Schreiben den Seinepräfekten anwies die Wahl von Thiers auf das Äußerste zu bekämpfen. Der bedeutlichste Gegner war die klerikale Partei. Sie hütete sich natürlich sich als Feindin des Kaisers zu bezeichnen; aber wenn sie neben der Achtung die Überwachung der Regierung auf ihr Banner schrieb, wenn der wohlbekannte Erzbischof von Tours und der streitbare Dupanloup von Orleans mit fünf anderen Prälaten zum Kampfe für die religiöse Freiheit und zur Verteidigung der weltlichen Unabhängigkeit des Papstes aufriefen, so konnte sich die Regierung über die Tragweite dieser Opposition nicht täuschen. Einen großen Vorsprung hatte sie, von allem anderen abgesehen, durch die kurz bemessene Frist gewonnen, binnen deren die Wahlen erfolgen sollten. Am 8. Mai 1863 wurden die Abgeordneten entlassen, am 31. bereits schritten die Wähler zur Urne. Weit aus in den meisten Bezirken gab es kaum einen ernstlichen Gegenbewerber, und weit aus die meisten Kandidaten der alten Parteien erlagen den Machtmitteln der Regierung; aber wenn auch nur 34 Abgeordnete unter 283 trotz aller Präfektenkünste über die Günstlinge der Regierung siegten, so war dies schon ein empfindlicher Schlag, und er wurde noch empfindlicher dadurch, daß sich unter den Siegern Thiers und Berryer befanden, daß Paris ohne Ausnahme nur gegnerische Kandidaten gewählt hatte, daß die Stimmzahlen der alten Parteien mancherorten hart an die Mehrheit hinanstreifte. Von praktischer Bedeutung war die Vermehrung der Opposition in der Kammer allerdings nicht; hatten früher, wenn es hoch kam, zehn Stimmen sich gegen die Regierung erklärt, so waren es jetzt dreimal soviel, eine verschwindende Minderheit blieben sie doch; in den meisten Fällen gingen sogar die zwanzig Klerikalen mit dem Ministerium, und es blieben nur vierzehn, die zu

Zunahme der
Opposition.

der Fahne der alten Fünf standen. Aber der ernste Wink, den diese Wahlen enthielten, ward von Napoleon trotzdem sehr wohl verstanden. War es Prahlerei gewesen, wenn die Studenten im Jahr zuvor von dem Volke gesungen hatten, das in gerechtem Grimme ob all der Lügen ohne Zahl den Moniteur durch ihre Stimme zum drittenmal verwarne, so lag hier eine zweite Verwarnung durch das allgemeine Wahlrecht doch offenbar vor. Napoleon suchte ihr zunächst durch einen Ministerwechsel gerecht zu werden. Villault, der sich als Sprechminister seiner Aufgabe stets vollkommen gewachsen gezeigt hatte und in der That eine der schätzbarsten Kräfte des Kaiserreichs war, wurde am 24. Juni an Walewski's Stelle Staatsminister; aber ehe er noch vor die neue Kammer treten konnte, ereilte ihn am 13. Oktober der Tod, und Rouher nahm seinen Platz ein. Persigny wurde durch den wenig bedeutenden Boudet ersetzt; Baroche erhielt das Justiz-, Duruy das Unterrichtsministerium; der Vorsitz im Staatsrate wurde im Oktober Rouland an Rouher's Stelle übertragen und zu Vizepräsidenten derselben Körperschaft Forcade, Chaix d'Estange und Buitry ernannt. Es waren alles in allem die tüchtigsten Männer, über welche der Kaiser verfügen konnte, und einige von ihnen konnten auch zu den ehrenhaftesten Männern Frankreichs gezählt werden und erwarben sich große Verdienste nicht nur um den Kaiser, sondern auch um das Land. Mehr aber als durch innere Reformen wollte Napoleon auch fernerhin durch glänzende Aktionen nach außen die Franzosen bestechen, und dazu sollte ihm als Ratgeber Drouyn de l'Huys dienen, der bei allem sonstigen Wechsel in seinem Ministerium verblieb.

Ministerwechsel.

Allein gerade über der auswärtigen Politik schwebte unausgesetzt ein Unglücksstern. Nur dem blödesten Auge konnte die Niederlage entgehen, die sich der Kaiser Rußland gegenüber geholt hatte; sie zu vertuschen oder gar in einen Sieg zu verwandeln war deshalb jetzt sein sehnlichster Wunsch, und das Mittel, das er zu diesem Zwecke erfunden, war eben der europäische Kongreß, von dem er dem neuen gesetzgebenden Körper in der Eröffnungsrede Kunde gab. Mit freundlichen Worten, ohne jeden Anflug von Mißstimmung; begrüßte er die Abgeordneten und wünschte sich Glück zu dem Ergebnisse der Wahlen, nur obenhin die Meinungsverschiedenheiten berührend, die hier und da hervorgetreten seien. Ausführlich verweilte er bei den Unternehmungen in den fremden Erdteilen, die soviel getadelt würden, obgleich sie doch nicht aus einem vorher überlegten Plane, sondern aus der Macht der Umstände erwachsen seien, und obgleich sie die Keime reicher Zukunftsf Früchte und hohen Ruhm für die französischen Waffen in sich trügen. Dann ging er zu der polnischen Frage über; er bedauerte, daß Rußland den uneigennütigen Rat der drei Mächte nicht angenommen habe, aber er leugnete, daß nun keine andere Wahl sei als zu schweigen oder den Krieg zu erklären; der dritte Weg, den er erwählt habe, sei die Berufung eines europäischen Gerichtshofes, der nicht die polnische Frage allein, sondern

Eröffnung der Kammer.

Der Kongreß-
vorschlag.

alle die anderen, die noch ungelöst seien, ordnen müsse. Die Verträge von 1815, rief er aus, haben aufgehört zu bestehen: fast überall sind sie gebrochen, in Griechenland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, an der Donau; Deutschland regt sich um sie zu verändern, England hat sie durch die Abtretung der jonischen Inseln in hochherziger Weise modifiziert, Rußland tritt sie in Warschau mit Füßen. Um an die Stelle dieses krankhaften und unsicheren Zustandes dauerhafte und regelmäßige Verhältnisse zu setzen, um die gerechten Bestrebungen der Völker vor engherzigen Berechnungen zu schützen, um den Umsturzgeist der radikalen Parteien unschädlich zu machen, dazu bedürfe es eines Kongresses, und nur geheime Pläne, die das Tageslicht scheuen müßten, könnten die Regierungen abhalten der Einladung, die er an sie richte, Folge zu leisten.

Scheitern des
Kongresses.

Es war ein gewagtes Spiel, das der Kaiser spielte, als er so in voller Öffentlichkeit Vorschläge machte, deren Ausführung für ihn damit zur Ehrensache wurde ohne doch ausschließlich in seiner Hand zu liegen. Um den Ruhm des Gelingens ganz allein zu ernten hatte er mit keiner Macht, auch nicht mit England, sich vorher verständigt; und doch brauchte nur von einem einzigen der großen Kabinette eine Weigerung einzulaufen, so hatten alle übrigen es sehr bequem ihre Ablehnung in die Form der Annahme zu kleiden, indem sie unter der Voraussetzung beitraten, daß alle Großmächte sich beteiligen würden. Was daraus wurde, wenn einer der Mächtigen fehlte und die übrigen unbekümmert darum ihre Beschlüsse faßten, hatte die Welt ja soeben erst in kleinerem Maßstabe auf dem Frankfurter Fürstentag gesehen; aber trotz des völligen Mißerfolges, der dort erzielt war, schien Napoleon sich gerade dieses österreichische Projekt zum Vorbilde genommen zu haben. Auch er wollte eine persönliche Zusammenkunft der Fürsten, denen er unter dem Datum des 4. November 1863 persönliche Einladungen zuschickte; auch er teilte die Ziele, denen er nachstrebte, nur in allgemeinen Umrissen, nicht aber in einer ausgearbeiteten Durchführung den fremden Kabinetten mit und hoffte auf die Macht der Überraschung; auch er machte endlich den Versuch trotz der Weigerung einer Großmacht sein Vorhaben doch ins Leben zu rufen. Die meisten Fürsten antworteten, wie vorauszusehen war, zuvorkommend und bereitwillig, daß sie dem Vorschlage des Kaisers beiträten; andere, wie Preußen, forderten die Aufstellung eines Programms vor dem Beginn der Verhandlungen; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten behielten sich vor ihre Entscheidung durch einen Beschluß am Bunde zu treffen; England allein lehnte mit kühlem Bedauern den ganzen Vorschlag als unpraktisch ab. Allgemeine Kongresse, so meinte Carl Russell am 25. November, setzten einen vieljährigen Kriegszustand wie den dreißigjährigen oder die napoleonischen Kriege voraus; der Schlächtereie müde und durch Kriegslasten erschöpft sei dann jedermann zur Nachgiebigkeit und zu Opfern bereit. Zur Zeit aber sei von solcher friedfertigen Stimmung nirgends etwas zu bemerken: der Kongreß würde daher nicht

allein ohne Ergebnis auseinandergehen, sondern viele Mitglieder würden sich voraussichtlich in schlechterer Stimmung trennen als die, in der sie zusammengetreten.

Damit war der ganze Plan begraben; der Vorschlag eines engeren Kongresses, den Drouyn namens des Kaisers am 8. Dezember machte, fiel wirkungslos zu Boden; noch wenige Wochen und an der Eider donnerten die Kanonen, die gründlicher als ein Kongreß die Verträge von 1815 zertrümmerten und dauerhafter als eine napoleonische Fürsterversammlung die gerechten Bestrebungen der Völker gegen engherzige Berechnungen schützten. Für den französischen Kaiser war der Ausbruch dieses Krieges eine fühlbare Erleichterung; triumphierend konnte er darauf hinweisen, daß er den Weg ihn zu vermeiden gezeigt habe, daß seine Behauptung von der Morschtigkeit der bestehenden Verträge eine neue Bestätigung finde. Er ahnte noch nicht, daß mit diesem Kriege eine Entwicklung begonnen, die ohne ihn, trotz ihm und endlich gegen ihn ihren Gang nehmen sollte, daß der „wenig ernsthafte“ Mann, der in Berlin die Karten in die Hand genommen, sie nicht wiederherausgeben, sondern die Führung Europas immer entschiedener an sich reißen werde. Noch fühlte er sich im Vollbesitze seiner Macht, und durch ein erstes Mißlingen nicht abgeschreckt erwartete er seine Stunde um den Kongreßvorschlag zu erneuern. Die hinhaltende Politik, die ihm die europäischen Verhältnisse einstweilen auferlegten, ließ ihm um so freiere Hand jenseit des Ozeans, und zuversichtlich hoffte er, durch einen großen Erfolg in Mexiko gekräftigt, in nicht zu ferner Zeit seinen Willen auch in Europa durchsetzen zu können.

Bedeutung des
Zeitpunktes.

Der deutsch-dänische Krieg.

Noch ehe die Antworten auf die Einladung zum Kongreß eingelaufen waren, traf die überraschende Nachricht ein, daß am 15. November 1863 König Friedrich VII. von Dänemark, der letzte rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein, gestorben sei. Die Stunde war also gekommen, wo das Schicksal des vielgeprüften Landes sich entscheiden mußte; entweder trat das Londoner Protokoll von 1852 jetzt in Kraft und der Gesamtstaat Dänemark war gerettet, oder die Elbherzogtümer trennten sich, wie es ihr gutes Recht war, von dem verschwisterten Königreiche und begannen im engsten Bunde mit Deutschland ein neues und selbständiges staatliches Dasein. Sie hatten ihrerseits die Erbfolgeordnung des Londoner Protokolls niemals anerkannt; ebensowenig hatte der deutsche Bund ihr zugestimmt, und selbst von der Augustenburgischen Familie, auf welche die Krone der Herzogtümer übergehen mußte, lag kein vollgültiger Verzicht vor. Nur das zeitige Haupt derselben, Herzog Christian, hatte sich verpflichtet nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen, weil er nur dadurch eine Entschädigung für seine Güter, die Dänemark eingezogen hatte, erlangen konnte, aber sowohl sein Bru-

Dänemark
und Schles-
wig-Holstein.